

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische
Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate
TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck
NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Inhalt

**100 Jahre Jungfrei-
sinnige Solothurn**
1904–2004: Die Jungfrei-
sinnigen feierten
am 30. Oktober. **4**

**Rücktritt
von Rolf Schweiger**

Klarer Kurs der FDP auch
nach Rolf Schweiger's Rücktritt. **6/7**

**Trennung
von Religion und Staat**

FDP-Generalsekretär Guido
Schommer sagt Nein zu
Parallelgesellschaften. **10**

Ja zu den Bilateralen II

Trotz ursprünglicher Skep-
sis sagt Bundesrat Hans-
Rudolf Merz Ja zu den
Bilateralen
Verträgen II. **12/13**

Anzeige

Recht verstehen...

**Ihr Weg
zum
Recht.**

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

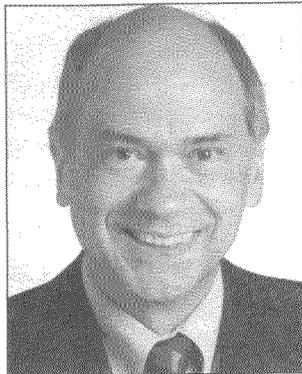
**Binder
rechtsanwälte**

Für Klarheit in den wichtigsten Fragen

Die Bilateralen II – Auswirkungen auf die Schweiz

**In den Medien wurde viel über Schengen/Dublin be-
richtet. Dennoch scheinen noch Unklarheiten zu be-
stehen. Wie wird die Situation an den Grenzen aus-
sehen? Was bringt der Anschluss ans Schengener
Informationssystem (SIS), und was wird das Ganze
kosten?**

Von Ständerat Peter Briner,
Schaffhausen



Peter Briner

Im vergangenen Frühjahr wurden wir von unserem nördlichen Nachbarn eindrücklich erinnert, dass die Schweiz ausserhalb des Schengen-Raums liegt und dass unsere Grenze eine Schengen-Aussengrenze wäre. Dies bedeutet, dass die Grenzen eigentlich nur an bestimmten offiziellen Grenzübergängen überschritten werden dürfen und dass jede Person, welche die Grenze überschreitet, kontrolliert werden muss. Bisher haben unsere Nachbarländer auf solche Kontrollen verzichtet, weil sie das Sicherheitsniveau in der Schweiz als mindestens gleich hoch einschätzen. Die Schweiz verfügt jedoch über keine Absicherung, dass dies auch in Zukunft

so sein wird. Vor allem dann nicht, wenn wir per Volksentscheid wünschen, nicht dem Schengen-Raum anzugehören. Dabei haben wir uns daran gewöhnt, dass unsere Grenze im Alltag praktisch zur Schengen-Binnengrenze geworden ist. Von den zehn offiziellen Grenzübergängen im Grenzabschnitt Schaffhausen ist nur einer durchgehend besetzt. Nur ein kleiner Prozentsatz der Perso-

nen und Fahrzeuge, die die Grenze an den offiziellen Übergängen passieren, wird kontrolliert. Es gibt zudem allein im Grenzabschnitt Schaffhausen 106 unbewachte befahrbare Strassen und 35 Wanderwege, welche direkt über die Grenze führen. Das Grenzwachtkorps wies in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 100 000 Personen zurück, rund 6000 Personen wurden an die Polizei übergeben. Die Statistik zeigt, dass grossartige Arbeit geleistet wird. Bereits vor Jahren ist das GWK dazu übergegangen, die unbewachten Übergänge durch mobile Kontrollen im Gelände zu ersetzen. Fast die Hälfte der personellen Ressourcen wird so eingesetzt.

Weiterhin Grenzkontrollen

Was wird sich aufgrund von Schengen ändern? Nicht viel. Die Grenzwachter werden weiterhin an der Grenze stehen, und die Durchfahrt über die Grenze wird weiterhin im Schrittempo erfolgen müssen.

Da die Schweiz nicht Teil der EU-Zollunion ist, müssen weiterhin Warenkontrollen an den Grenzen durchgeführt werden. Dabei können auch die dazugehörigen Reisenden kontrolliert werden. Auch die bisherigen Kontrollen im Hinterland oder die üblichen Polizeikontrollen werden weiterhin durchgeführt. Aber die Kontrollen werden effizienter sein, weil die Grenzwachter und die Polizei zusätzlich den direkten Zugang zum Schengener Informationssystem haben und damit sofort feststellen können, ob eine kontrollierte Person in einem EU-Staat polizeilich gesucht wird. Polizei und Grenzwachtkorps werden enger als bisher – nach kantonalen vertraglichen Vereinbarungen – zusammenarbeiten. Ein grosser Vorteil ist zudem, dass die heutige Kontrollpraxis an der Grenze abgesichert werden kann. Das Schengener Informationssystem (SIS) ist ein staatenübergreifendes,

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

computergestütztes Fahndungssystem, das eine grosse Anzahl Daten über gesuchte oder vermisste Personen und Gegenstände wie Fahrzeuge, Waffen, Identitätsdokumente und Geldscheine enthält. Das System ist vom Fahndungserfolg her sehr erfolgreich. Es soll aus Kapazitätsgründen weiterentwickelt werden zum SIS II und selbstverständlich mit griffigen Datenschutzvorschriften versehen werden. Unsere Experten sind an den Diskussionen über die weitere Ausgestaltung dabei und können, wenn wir dabei sein werden, auf die endgültige Ausgestaltung Einfluss nehmen.

Weniger als 1 Franken pro Tag

Detaillierte Angaben zu Kosten und Nutzen werden in der Botschaft des Bundesrates wie folgt angegeben: Beiträge ans Schengen-Abkommen EU-Budget 4 Millionen Franken, interne Umsetzungskosten 3 Millionen Franken, zusammen 7 Millionen Franken pro Jahr. Das wäre ausgehend von 18 000 Polizei- und Grenzbeamten also weniger als ein Franken pro Tag. Demgegenüber muss berücksichtigt werden, dass wir im Fall einer Nicht-Beteiligung an Dublin Mehraufwendungen für Zweitasyllgesuche zu übernehmen hätten für Sozialhilfe, Personal, Übersetzungen und Anhörungsprotokolle. Das Bundesamt für Flüchtlinge schätzt diese auf 80–100 Millionen Franken. Diese Schätzungen basieren auf der Annahme einer leichten Zu-

nahme der Asylgesuche, eines Anteils von Zweitasyllgesuchstellern von zwanzig Prozent sowie einer jährlichen Belastung von 14 000 Franken pro Gesuchsteller. Selbstverständlich kann nicht jede Eventualität zukünftiger Geschehnisse vorausgesagt und geplant werden. Die internationale Kriminalität und das Asylwesen sind jedoch die klassischen Bereiche, in denen ein kleines Binnenland wie die Schweiz ein Interesse daran haben muss, mit der uns umgebenden EU zusammenzuarbeiten. Allein das Szenario, dass unsere Grenzen zur Schengen-Aussen-grenze werden könnten, muss für uns klar machen, dass wir den Kompass richtig stellen! ■

Impressum

Schweizer Freisinn

26. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71 160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion:
Stefan Nobs (nob).
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail nobs@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail
verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 07
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Sicher unterwegs

Seit 1. April müssen Autofahrer, die in Italien unterwegs sind, in ihrem Fahrzeug eine leuchtende Signaljacke mitführen. Diese muss beim Verlassen des Autos im Falle einer Panne getragen werden. In Spanien gilt die gleiche Regel

seit 24. Juli. Es ist absehbar, dass weitere EU-Staaten diese Regelung ebenfalls einführen werden. Wer beispielsweise mit dem Auto nach Italien fährt, wird am Zoll gefragt, ob eine Sicherheitsweste mitgeführt werde. Ist dies

nicht der Fall, muss an Ort und Stelle eine solche Weste für 38 Euro gekauft werden. Mit der neuen FDP-Sicherheitsweste sind Sie also auch im Ausland bestens ausgerüstet. FDP – mit Sicherheit!



Praktikantin Vanessa Rügger macht's vor!

Bestellung (Sicherheitswesten)

_____ Sicherheitsweste Fr. 15.–

Namel/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00. Siehe auch unter www.fdp.ch – Shop

FDP-Podium zur Sicherheitspolitik

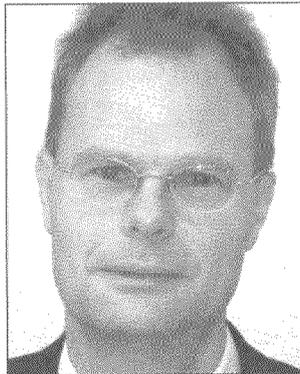
«Chaos in der Armee XXI?»

Am 4. November wurden an einer Podiumsveranstaltung, die durch die kantonalzürcherische FDP organisiert wurde, verteidigungs- und sicherheitspolitische Fragen diskutiert.

Von Markus Blass, Vizepräsident der Schweiz. Offiziersgesellschaft (SOG), Ortsparteipräsident FDP Volketswil ZH

Auf der Basis des Mitte Oktober veröffentlichten armeetpolitischen Stellungsbegriffs tat die Parteipräsidentin Doris Fiala ihre Überzeugung und Entschlossenheit für die Armee kund und bedauerte, dass es heute nicht mehr zeitgemäss sei, für eine moderne Armee einzustehen. Viele Politiker miss-

brauchten das Armeebudget als Selbstbedienungsladen, da sich die Bedrohungsbilder geändert hätten und die Vorstellung eines Krieges in Europa bei der Bevölkerung in den Hintergrund getreten sei. Zu Beginn schilderte der Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, den seit zehn Monaten laufenden Transformationsprozess. Er gab zu, dass die Umsetzung noch nicht dort sei, wo sie sein sollte, verwahrte sich aber gegen den Begriff Chaos. Er bat um Verständnis und Geduld, da diese Reform die grösste Transformation sei, welche die Armee je durchlebt habe. Die neue Armee sei eine lernende Organisation, die Schwachstellen seien erkannt, die Fehlerkultur aber noch nicht eta-



Markus Blass

bliert. Keckeis sicherte Verbesserungen in den Bereichen Personalbewirtschaftung (PISA) und Kommunikation zu. In diesem Zusammenhang nahm er die Anregung aus dem Publikum auf, die täglichen Probleme der militärischen Kader im Kreise der aktiven Bataillonskommandanten zu besprechen. Er wisse, dass die Zahl der Berufskader für eine qualitativ hochstehende Ausbildung nicht genüge, vor allem nicht, um die Durchhaltbarkeit für die folgenden Jahre sicherzustellen. Der Armeechef steht zur Miliz als tragendes Prinzip in der Armee, schliesslich basiere die Gesellschaft ja auch in den Bereichen wie z. B. Politik, Jugendarbeit, Rettungswesen und Alterspflege auf diesem System. Allfällige Anpassungen müssten in einem grösseren politischen und gesellschaftlichen Rahmen geschehen.

Sicherheit beginnt im Balkan

Für Keckeis ist Sicherheit ein globales Thema. Kooperation heisst aber für

ihn nicht Anschluss, sondern ausgewählte präzise Zusammenarbeit in Teilbereichen und Nischen. Mit einer sorgfältigen Analyse müssten wir uns eingestehen, dass die Sicherheit und die Verteidigung der Schweiz bereits im Balkan beginne. Keckeis betrachtet Verteidigung und Schutz als zwei Aufgaben. Gemäss Vorgaben hat sich die Armee auf die wahrscheinlichsten Fälle im Rahmen der Existenzsicherung, wie z. B. mit Botenschaftsbewachungen, auszurichten. Verteidigung im klassischen Sinn könne auf Grund der langen Vorbereitungszeiten und der hohen Kosten für eine moderne Ausrüstung nur noch mit Teilen der Armee ausgebildet werden.

Klarer Leistungsauftrag nötig

In der anschliessenden Podiumsdiskussion wurden verschiedene Aspekte der laufenden Armeereform beleuchtet. Der Zürcher SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer vertrat die Meinung, dass die Information und Diskussion um die Armee chaotisch sei und die Ausbildung im Argen liege. Für den Luzerner SP-Nationalrat Hans Widmer braucht die Schweiz eine Armee, die jetzige Armeereform betrachtet er aber nur als eine Etappe zu einer noch schlankeren Armee. Der Zürcher FDP-Nationalrat Markus Hutter beurteilt das Konzept der Armee XXI als richtig und auf die aktuelle Bedrohungs-

lage ausgerichtet. Er fordert aber klare politische Leistungsaufträge an die Armee, da Bundesverfassung und Armeeleitbild nur die Aufgaben der Armee im Rahmen der Sicherheitspolitik aufführen. Korpskommandant Hansruedi Fehrlin, der Kommandant der Luftwaffe, zeigte sich enttäuscht, dass in der Parlamentsdebatte über das Militärgesetz vorwiegend organisatorische Details diskutiert worden sind. Er wartet daher auf die angesprochenen politischen Leistungsaufträge, mit denen die Organisation der Armee und die Priorisierung von deren Aufgaben besser begründbar wären.

Neue Bedrohungen

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass der grosse vaterländische Verteidigungskrieg in Europa für längere Zeit unwahrscheinlich ist und dass auf die asymmetrische Kriegsführung wie z. B. Terroranschläge reagiert werden muss. Sie konnten sich aber gar nicht einigen, wie auf diese aktuellen Bedrohungen reagiert werden sollte. Ulrich Schlüer wendet sich gegen irgendwelche Kooperationen mit dem Ausland; die Armee sei ein Sicherheitsinstrument für die eigene Bevölkerung. Hans Widmer dagegen ist der Ansicht, dass im Rahmen der inneren Sicherheit primär die Polizeikräfte eingesetzt und verstärkt werden müssen und die Armee erst in ausserordentlichen Lagen wirken soll. Für Markus Hutter sind die Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit fließend. ■

Ehrendoktor für alt Bundesrat Kaspar Villiger



Alt Bundesrat Kaspar Villiger hat den Ehrendokortitel der Rechtswissenschaftli-

chen Fakultät der Universität Luzern erhalten. Die Verleihung erfolgte am 11. November anlässlich des Dies academicus.

Kaspar Villiger habe sich für eine nachhaltige Finanzpolitik des Bundes eingesetzt, heisst es in einem Communiqué der Universität. Zudem habe er

institutionelle Vorkehrungen zur Sicherung der für den sozial verpflichteten Rechtsstaat unerlässlichen Stabilität des Finanzhaushaltes konzipiert.

Als Mitglied der Landesregierung habe sich Villiger durch Besonnenheit, klares Urteil, Berechenbarkeit, Verlässlichkeit, Vertrauenswürdigkeit sowie durch die Achtung anderer Auffassungen ausgezeichnet.

Dabei habe er die Glaubwürdigkeit der rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen gefördert.

Jubiläumsfeier 100 Jahre Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Die jungfreisinnigen kanton solothurn (jfs) beginnen am 30. Oktober ihr 100-Jahr-Jubiläum mit einer Feier. Dabei wurde durch verschiedene Exponenten von Seiten der Jungfreisinnigen wie der FDP einerseits auf die lange Geschichte zurückgeblickt und andererseits auch ein Blick in die Zukunft geworfen.

Jörg Kiefer, als ehemaliges Mitglied des Kantonalvorstandes der Jungliberalen Bewegung, blickte in seiner Rede zurück und liess spotlichtartig die Geschichte Revue passieren. Besonders hob er hervor, dass die Jungliberalen immer wieder versucht haben, den Gründungsauftrag jungliberalen Denkens nachzuvollziehen. Dazu brauche es nicht die «Masse», sondern es

genüge auch ein relativ kleiner Kreis von unabhängigen Köpfen, die ein gemeinsames Ziel vor Augen haben.

Ein Blick in die Zukunft

Nach einer spannenden Besichtigung des Bio-Bauernhofs und der Mühle der Familie Otti in Oberwil ging es zurück in den Bucheggberg auf den Ischhof in Aetingen, wo der offizielle Festakt stattfand. Der Prä-

sident der jungfreisinnigen kanton solothurn, Daniel Helfenfinger, wies darauf hin, dass der jungliberale Geist ein lebenslanger Begleiter ist – was durch die Anwesenheit verschiedener Generationen von Jungliberalen/Jungfreisinnigen unterstrichen wurde. Als Jungpartei unterscheide man sich nicht durch Logo, Farbe und Namen von der «Mutterpartei», sondern durch pointierte Aussagen und Forderungen, ein unbefangenes und freches Auftreten und den direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Dabei werde die Aufmerksamkeit auf wichtige, wenn auch unangenehme Punkte gelenkt – als Bei-

spiele nennt er die innere Sicherheit, Jugendarbeitslosigkeit oder die Motion zur Ausarbeitung einer Standesinitiative mit dem Ziel, die Prostitution als Beruf anzuerkennen. Der Wichtigkeit der Nähe zu den Jungen, des Privilegs, freier und frecher politisieren zu können, wurde auch in Grussbotschaften der FDP Schweiz sowie von Bundesrat Pascal Couchepin Ausdruck verliehen. Ruedi Nützi, Kantonalpräsident der FdP Solothurn, betonte in seiner Ansprache die Eigenständigkeit der jungfreisinnigen Politik, welche aber auf denselben Grundwerten basiere. Er sieht in der Vermittlung der

wichtigen Werte Leistung, Verantwortung sowie ökologisches und soziales Engagement wesentliche Aufgaben der Jungfreisinnigen. Für die jungfreisinnigen schweiz (jfs) überbrachte deren Vize-Präsident Carl Duisberg Gratulationen. Dabei betonte er die wichtige, ständige Mitarbeit von Solothurnerinnen und Solothurnern auf der schweizerischen Ebene und erinnerte als Beispiel an den erfolgreichen Kongress der jfs, der dieses Jahr in Solothurn stattfand.

Mit einem Feuerwerk und gemütlichem Zusammensein klang der Abend aus.

Grussbotschaft von Bundesrat Pascal Couchepin

100 Jahre Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Die Jungfreisinnigen des Kantons Solothurn feiern ihr 100-Jahr-Jubiläum. Das freut mich insbesondere aus zwei Gründen:

Einerseits beweist dies, dass die Jungfreisinnige Bewegung lebt. Es ist klar: Ohne Nachwuchs verliert eine Partei ihre Zukunftsberechtigung. So ist es wichtig, dass die Jungfreisinnigen sich zeigen, ihre Forderungen einbringen und die Gesamtpartei dynamisieren.

Andererseits gibt es die Jungfreisinnigen schon seit 100 Jahren. Das bezeugt, dass sie schon eine feste politische Grösse darstellen. Sie sind im Kanton Solothurn sozusagen schon Tradition.

Das politische Umfeld war in den letzten Jahren schwieriger als in der Nachkriegszeit. Es ist aber sicher einfacher als noch vor hundert Jahren. Es gibt darum keinen Grund, weshalb wir uns scheuen sollten, unsere Überzeugungen kundzutun. Diese

haben sich nicht grundlegend gewandelt. Die Freisinnige Partei ist eine tolerante Partei, die auf die Fähigkeit des Einzelnen baut, Entscheide zu treffen und Verantwortung zu übernehmen.

Schliesslich wissen die Freisinnigen – und dies scheint ihr prägendes Merkmal im Spektrum bürgerlicher Politik zu sein –, dass es für komplexe Probleme keine einfachen Lösungen gibt. Um dieser Sichtweise zum Durchbruch zu verhelfen, braucht es aber noch mehr Reflexionsarbeit, mehr Begegnungen mit den Parteimitgliedern, mehr Beharrlichkeit in der Kommunikation und in jedem Fall viel Mut. Gerade da sind die Jungfreisinnigen gefordert. Gerade hier haben die Jungfreisinnigen das Privileg, freier und frecher zu politisieren und neue Ideen zu lancieren.

Das ist es, was ich den Jungliberalen des Kantons Solothurn für die nächsten 100 Jahre wünsche.

Pascal Couchepin
Bunderat

Gratulation der FDP Schweiz

Mit dem Alter käme die Weisheit – so sagt man. Mit dem Alter kämen aber auch die Beschwerden – so sagt man ebenfalls. Beides ist aber nicht zwingend – so stellt man immer wieder fest. Beschwerden haben die Solothurner Jungfreisinnigen nämlich auch nach 100 Jahren keine – und das liegt nicht bloss am Namen. Die Jungfreisinnigen erlebe ich als dynamische und aktive Organisation.

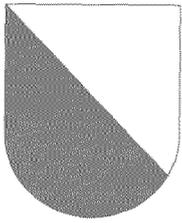
Die Solothurner Jungfreisinnigen leisten hier einen wichtigen Beitrag. Sie bringen sich auch auf der schweizerischen Ebene ein und gestalten damit nicht nur die Zukunft des Kantons, sondern des ganzen Landes konstruktiv mit. Geklärt ist damit auch

die Frage der «Weisheit». Ob die Solothurner Jungfreisinnigen in den vergangenen Jahrzehnten «weiser» geworden sind, vermag ich nicht zu beurteilen, aber in der Gegenwart leisten sie ausgezeichnete Arbeit. Sie ist dort, wo eine Jungpartei hingehört: nahe bei den Jungen, die sich für Politik interessieren. Das ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Parteiarbeit im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger.

Im Namen der FDP Schweiz und damit im Namen der Freisinnigen der ganzen Schweiz gratuliere ich den Solothurner Jungfreisinnigen ganz herzlich zu ihrem 100. Geburtstag.

Rolf Schweizer
Präsident FDP Schweiz

Alt Nationalrat Ernst Cincera gestorben



Nach einem reich erfüllten Leben ist Ernst Cincera am 30. Oktober im 77. Altersjahr nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben. Der selbständige Grafiker war als Vertreter der Freisinnig-Demokratischen Partei von 1967 bis 1971 Mitglied des Zürcher Kantonsrates und von 1983 bis 1995 Mitglied des Nationalrates. Er präsidierte in

den Jahren 1986 bis 1993 den Gewerbeverband der Stadt und von 1993 bis 1996 denjenigen des Kantons Zürich.

Er war Mitglied der Schweizerischen Gewerbekammer und Verwaltungsrat der Messe Zürich und wirkte als Dozent für Werbung am Schweizerischen Institut für Unternehmer-schulung im Gewerbe (SIU).

Neben wirtschafts- und sicherheitspolitischen Fragen engagierte er sich stark im kulturellen Bereich, wo er unter vielem anderem auch als Stiftungsrat im Freilichtmu-

seum Ballenberg sowie für den Verband der Schweizer Zirkusunternehmer aktiv war und sich für die Erhaltung und Förderung des schweizerischen Kulturgutes einsetzte.

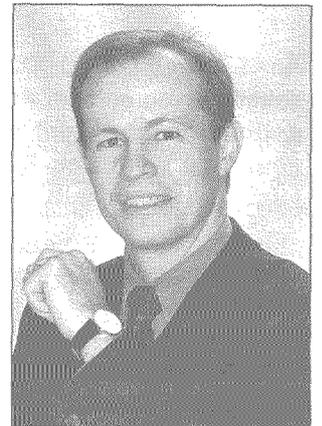


Neuer Geschäftsführer



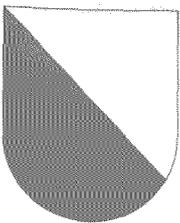
Am 1. November ging die Leitung der Geschäftsstelle der FDP des Kantons Thurgau von Martin A. und Carola Walser auf Thomas Wehrich über. Martin A. Walser hatte die Geschäftsstelle am 1. Mai 2003 – mitten im Wahljahr – übernommen. Unterstützt durch seine Frau Carola engagierte er sich mit viel Herzblut für die FDP Thurgau. Der Wechsel erfolgte im gegenseitigen Einvernehmen, wie die Parteileitung mitteilte.

Der neue Geschäftsführer Thomas Wehrich absolvierte Ausbildungen in Maschinenbau und Informatik. Wehrich ist selbständig und führt eine Un-



ternehmensberatung für Informatik und Organisation, welche Lösungen für KMU anbietet. Thomas Wehrich ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Seit 1998 ist Wehrich Mitglied der FDP Kreuzlingen und seit 2003 deren Präsident. Die Geschäftsstelle wird weiterhin in einem 50%-Mandatsverhältnis betreut.

Alt Regierungsrat Hans Künzi gestorben



Am 16. November ist der Zürcher alt Regierungsrat Hans Künzi im Alter von achtzig Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Künzi war von 1970 bis 1991 Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich. Zudem nahm er von 1972 bis 1987 im Nationalrat Einsitz.

Der gebürtige Solothurner studierte Mathematik an der ETH Zürich. Nach Auslandsaufenthalten an deutschen und an amerikanischen Universitäten übernahm er eine Lehrtätigkeit an der kantonalen Handelsschule. 1958 wurde er als damals jüngster Professor an die Universität Zürich gewählt, um den

ersten Lehrstuhl für Operations Research und elektronische Datenverarbeitung einzunehmen. 1966 wurde er als Professor an die ETH Zürich gewählt und wurde damit Inhaber einer der wenigen Doppelprofessuren.

1967 erfolgte mit der Wahl in den Zürcher Kantonsrat der Einstieg in die Politik. Bereits 1970 wurde er bei einer Ersatzwahl in den Regierungsrat des Kantons Zürich gewählt, wo er die Volkswirtschaftsdirektion übernahm. 1972 wurde Hans Künzi in den Nationalrat gewählt, dem er bis 1987 angehörte. In seine Amtszeit als Volkswirtschaftsdirektor fiel insbesondere der Bau der Zürcher S-Bahn, die Schaffung des Verkehrsverbundes, die Kantonalisierung der Berufsschulen sowie der Ausbau des Flughafens. Zudem war Hans Künzi ein umsichtiger För-

derer des Wirtschaftsstandortes.

Seit seinem Rücktritt als Regierungsrat war Künzi rastlos für wohltätige Organisationen unterwegs. Besonders die Winterhilfe und das Forschungsinstitut für Paraplegiologie konnten auf den selbstlosen Spendensammler zählen. Zahlreiche Auszeichnungen, darunter die Ehrendoktorwürde, wurden dem unermüdlichen Schaffer und angesehenen Politiker verliehen.



Klare Zustimmung zu den Bilateralen



Die FDP des Kantons Bern hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 3. November eine ständige Kommission für Europafragen ins Leben gerufen. Die Berner Freisinnigen wollen damit einen konstruktiven Beitrag leisten, die schweizerische Europapolitik «von der Basis aus» mitzugestalten.

Die Bilateralen II sowie im besonderen das Abkommen Schengen/Dublin und

die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Mitgliedsländer der EU wurden im Rahmen der Delegiertenversammlung in Bern breit diskutiert. Mit überwältigendem Mehr beschlossen die Delegierten die Ja-Parole sowohl zu den Bilateralen II als auch zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit.

Die Delegierten haben im weiteren mit 172 Ja zu 12 Nein bei sechs Enthaltungen auch die kantonale Steuersenkungsinitiative der Wirtschaftsverbände klar und deutlich unterstützt. Die Gesetzesinitiative «für tragbare Steuern» will die kantonalen Steuern um 10% reduzieren.

Zum Rücktritt von Rolf Schweiger

Am 5. November ist Ständerat Rolf Schweiger – für alle überraschend – von seinem Amt als Präsident der FDP Schweiz zurückgetreten. Am 16. April war der 59-jährige Zuger Ständerat in Chur gewählt worden. Sein Rücktritt nach nur knapp sieben Monaten erfolgt aus gesundheitlichen Gründen. Das Auftreten des sogenann-

ten Burn-out-Syndroms zwang Rolf Schweiger zum Rücktritt. Schweiger litt bereits vor gut 10 Jahren an derselben Krankheit, hatte sich jedoch wieder gänzlich erholt. Politiker aller Couleur bedauerten den Rücktritt von Rolf Schweiger. Interimistisch übernimmt Nationalrätin Marianne Kleiner die Führung der Partei.

Zug, 5. November 2004

Rücktritt als Präsident der FDP Schweiz



Genau Beobachter der politischen Szene haben bemerkt, dass ich mich in den letzten Wochen deutlich weniger in der Öffentlichkeit gezeigt habe, als dies von einem begeisterten und begeisterten Präsidenten der FDP der Schweiz zu erwarten ist. Der Grund hierfür liegt in einem seit Wochen an Intensität zunehmenden Burn-out-Syndrom, der gleichen Krankheit, die mir schon vor gut einem Jahrzehnt eine längere Auszeit abforderte.

Die damit verbundenen Erschöpfungsstände und Blockaden verunmöglichten es mir, die mir übertragene Verantwortung weiterhin angemessen wahrzunehmen. Da eine Besserung unter Beibehaltung aller

öffentlichen Funktionen und der damit verbundenen Belastung auszuschliessen ist, habe ich mich nach intensiven Diskussionen mit Familie, Freundeskreis und Arzt schweren Herzens entscheiden müssen, das Amt des Präsidenten der FDP der Schweiz mit sofortiger Wirkung abzugeben.

Ich bedaure diesen Schritt ausserordentlich, weiss ich doch, dass weite Teile der Partei grosse Erwartungen in mich gesetzt haben, und es auch mein fester Wille gewesen ist, die FDP aus dem Wellental herauszuführen und eine Trendwende einzuleiten. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Partei diesen ungeplanten Präsidiumswechsel meistern wird. Mein Dank gilt den Parteimitgliedern aller Stufen, welche mir ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ständerat Rolf Schweiger
Rechtsanwalt/Notar

genen Kurs weiterverfolgen. Dieser eigenständige Kurs ist finanz- und steuerpolitisch konsequent, wirtschaftlich progressiv und gesellschaftspolitisch offen. Rolf Schweiger hat mit dem Konzept des Eckigen Tisches ein Novum für die Zusammenarbeit der Bun-

desratsparteien entwickelt und durchgesetzt. Nach einer langen Periode der Zerstrittenheit der Parteien ist es ihm damit gelungen, diese an einen Tisch zu bringen. Gemeinsam wurde eine konstruktive Problemanalyse zur Invalidenversicherung erarbeitet.

Pressemitteilung der SP Schweiz:

«Gute Genesung, Rolf Schweiger

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bedauert den gesundheitsbedingten sofortigen Rücktritt des FDP-Präsidenten Rolf Schweiger. Ich erlebte die Zusammenarbeit mit dem Politiker und vor allem

mit dem Menschen Rolf Schweiger als konstruktiv und äusserst angenehm», sagt SP-Präsident Hans-Jürg Fehr nach dem überraschenden Rücktritt rückblickend. Die SP wünscht Rolf Schweiger eine gute und vollständige Genesung.»

Reaktionen auf den Rücktritt von Rolf Schweiger

Pressemitteilung der FDP Schweiz:

«Die FDP nimmt mit grosstem Bedauern vom sofortigen, gesundheitsbedingten Rücktritt ihres Präsidenten Rolf Schweiger Kenntnis. Sie wünscht Rolf Schweiger gute und nachhaltige Genesung. Interimistisch übernimmt die bisherige Stellvertreterin des Präsidenten, Vizepräsidentin Marianne Kleiner, die Führung der Partei.» Ständerat Rolf Schweiger hat die FDP mit einer persönlichen Erklärung über

seinen sofortigen Rücktritt und die Gründe dafür informiert. Die FDP dankt ihrem Präsidenten für die geleistete Arbeit und wünscht ihm eine rasche, gute und nachhaltige Genesung. Rolf Schweiger hat die Parteistrukturen reformiert und eine neue, breit abgestützte Geschäftsleitung eingesetzt.

Rolf Schweiger hat in der Partei Teamarbeit gelebt und Verantwortung delegiert. Er hat Ruhe in die

Parteiarbeit gebracht und eine positive Diskussionskultur gepflegt. Während seiner Präsidentschaft ist es Rolf Schweiger gelungen, die Basis hinter sich zu scharen, was sich unter anderem in sehr deutlichen FDP-Positionen zu den Abstimmungsvorlagen äusserte (Mutterschaftsurlaub, NFA, Bürgerrechtsvorlagen, Stammzellenforschung). Partei und Fraktion werden den unter Rolf Schweiger eingeschla-

Stellungnahmen von CVP und SVP:

«CVP-Präsidentin Doris Leuthard hat den Rücktritt von FDP-Präsident Schweiger mit sehr grossem Bedauern zur Kenntnis genommen.

Sie hoffe sehr, dass Schweiger rasch von seinem Leiden genesen, sagte sie der Nachrichtenagentur AP auf Anfrage. Sie habe gerne mit Schweiger zusammengearbeitet, den sie als verlässlichen und zuverlässigen Menschen kenne.

Sie bedaure ausserordentlich, dass Schweiger so früh von der Kapitänbrücke der FDP gehen müsse, die er auf Kurs zu

bringen versucht habe. Auch die SVP hat den Rücktritt von Schweiger mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Nun werde auf mehr Konstanz in der Partei gehofft, sagte SVP-Generalsekretär Gregor Rutz. Es sei nicht einfach, bei so vielen Wechseln eine stabile Zusammenarbeit aufzubauen. Die SVP wünsche Schweiger für seine Zukunft alles Gute. Zu einem allfälligen Wunschkandidaten für das FDP-Präsidium wollte sich Rutz nicht äussern. Dies sei Sache der Partei, sagte er.»

(Quelle NZZ/ap)

Herzlichen Dank, Rolf!

Klarer Kurs der FDP auch nach Rolf Schweigers Rücktritt

Aus gesundheitlichen Gründen musste Rolf Schweiger bereits nach kurzer Zeit sein Amt wieder abgeben. Das Bedauern ist – auch über die Parteigrenzen hinweg – riesengross. Rolf Schweiger hat zwar das Ruder der FDP aus der Hand gegeben, aber das Schiff hält weiter Kurs – und das ist massgeblich sein Verdienst.

Von Nationalrätin Marianne Kleiner, Präsidentin ad interim der FDP Schweiz, Herisau AR

Der Rücktritt von Rolf Schweiger als Präsident der FDP Schweiz hat bei uns allen grosses Bedauern ausgelöst. Einerseits haben wir seine offene, ehrliche, humorvolle und geradlinige Art, wie er dieses Amt geführt hat, sehr geschätzt. Andererseits sind es die Gründe, welche Rolf Schweiger zu diesem Schritt gezwungen haben, die uns betroffen machen. Ich denke, dass ich im Namen aller Freisinnigen spreche, wenn ich Rolf Schweiger von Herzen danke für alles, was er in der leider kurzen Zeit seines Präsidiats für unsere Partei getan hat, und ihm im Namen der freisinnigen Familie gute Besserung wünsche. Er hat sich in den letzten Wochen sehr über die Sympathiebekundungen gefreut und befindet sich auf dem Weg der Besserung. Es spricht im Moment nichts dagegen, dass

Rolf Schweiger – wie vorgesehen – auf Anfang Jahr seine Tätigkeit als Ständerat wieder aufnehmen kann.

Kurs weiter geradeaus

Dank Rolf Schweiger sind wir heute in der Situation, dass die FDP klare Strukturen und eine funktionierende Geschäftsleitung hat. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind geregelt. Die Mannschaft ist an Bord, auch wenn der Kapitän das Ruder in andere, vorübergehend in meine Hände gelegt hat. Der Kurs ist festgelegt, und es gibt keinen Grund, davon abzuweichen. Finanz- und steuerpolitisch sind wir konsequent, weil ein gesunder Staatshaushalt und tiefe Steuern die Basis für unseren Wohlstand sind. Wirtschaftspolitisch sind wir wachstums- und wettbewerbsorientiert, weil unser Land günstige Rahmenbedingungen braucht, um Wachstum, Wohlstand und damit Arbeitsplätze und Lehrstellen zu schaffen. Ein Land, das jeden zweiten Franken im Export verdient, muss auch offen gegenüber dem Ausland sein. In der Gesellschaftspolitik haben wir einen modernen, offenen und zukunftsgerichteten Kurs eingeschlagen, weil nur eine offene und moderne Gesellschaft den familiären, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gewachsen ist. Wir wollen, dass Men-



Marianne Kleiner

schen ihre Lebensformen frei wählen und ihr Leben selbstverantwortlich gestalten können.

Zielstrebig Nachfolge vorbereiten

Die klar geregelten Verantwortlichkeiten erlauben es uns, die Nachfolge von Rolf Schweiger zielstrebig, aber auch mit der nötigen Ruhe und Sorgfalt vorzubereiten. Die Geschäftsleitung der FDP Schweiz hat beschlossen, die Nachfolge von Rolf Schweiger bis im April des nächsten Jahres zu regeln. Eine Findungskommission, bestehend aus Laura Sadis (Nationalrätin TI), Gabi Badertscher (Präsidentin FDP TG), Léonard Bender (Präsident FDP Valais romand und Vizepräsident FDP Schweiz) und Heinz Risi (Präsident FDP NW), hat unter der Leitung von Ständeratspräsident Fritz Schiesser die Arbeit bereits aufgenommen.

Wichtige Inhalte

Es ist unser Wille, parallel zur Personalfrage die Programmarbeit weiterzuführen und die Sachpolitik mit gewohntem Elan anzu-

gehen. Für unser Land standen und stehen gerade jetzt ganz zentrale Fragen an. Nicht zuletzt dank dem freisinnigen Einsatz gab es am 28. November ein dreifaches Ja. Ausserdem steht nun im Parlament und in der Öffentlichkeit die wichtige Debatte zu den Bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union an. Es ist ab-

solut zentral, dass die FDP in all diesen Diskussionen ihre freisinnigen, liberalen Positionen einbringt. Die Schweiz braucht eine starke FDP – mehr denn je. Wir wollen uns weiterhin voll und ganz einsetzen für eine Schweiz, auf die wir stolz sein können und in der auch zukünftige Generationen noch etwas zu lachen haben. ■

Zur Person:

Verheiratet, zwei erwachsene Kinder

Alter: 57

Beruflicher Werdegang:

1976–1979: Studium und Abschluss als dipl. Psychologin am IAP Zürich

1979–1980:

– Mitarbeiterin am Institut für Betriebswirtschaft an der Hochschule St. Gallen für den Bereich «Auswahl von Führungskräften»

1980–1994:

– Dozentin und Projektleiterin am Management Zentrum in St. Gallen im Bereich Führung, Konfliktmanagement, Teamarbeit und Kommunikation

– Leiterin verschiedener Schulungs- und Beratungsprojekte im In- und Ausland

– Ausbildung zur Gesprächs-Psychotherapeutin SGGT in Zürich, Zertifizierung 1984

– Eigene Schulungsprojekte in den Bereichen Kommunikation, Arbeiten im Team, Führung und Umgang mit Konflikten an verschiedenen Kantonsspitalern

Politischer Werdegang:

1994–2003 Regierungsrätin (Finanzdirektion) des Kantons Appenzell Ausserrhoden

1997–2000 erste Frau Landammann in Ausserrhoden

seit 1998 Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Oktober 2003 Wahl in den Nationalrat

Hobbys:

Lesen, Kochen, Musik hören

Motto:

«Am Ende ist es immer das Fällige, das uns zufällt» (Max Frisch)

Welchen Staat wollen wir eigentlich?

Die Freisinn-Leser hatten das Wort

Welchen Staat wollen wir eigentlich? Diese Frage stellte der zurückgetretene Präsident der FDP Schweiz, Rolf Schweiger, im letzten «Freisinn» in den Raum. Die Leserinnen und Leser waren aufgerufen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und der «Freisinn»-Redaktion in Form von Leserbriefen ihre Meinung kundzutun. Hier nun eine Auswahl der zahlreich eingegangenen Rückmeldungen:

Bewährtes Konkordanzsystem

Was heisst direkte Demokratie? Eine Mehrheit von einer Minderheit des Volkes (weil Stimmbeteiligung meistens unter 50%) entscheidet in der Regel bei Abstimmungen. Deshalb ist es gut, wenn die Macht auf verschiedene durch das Volk delegierte Institutionen wie Gerichte, Parlamente, Stände usw. verteilt wird, damit Grundrechte und Minderheiten respektiert werden. Das seit vielen Jahren bestehende und bewährte Konkordanzsystem ist deshalb auch weiterhin für die Schweiz die beste Demokratieform.

Heinz Jäggi
FDP-Sektionspräsident
4463 Buus BL

Der Staat lässt sich nicht mit «Vollversammlungen» führen

Jeder Freisinnige müsste sich über die Ausführungen unseres Bundesrates Pascal Couchepin (NZZ am Sonntag, 3.10.2004) über die Verteidigung unserer staatlichen Institutionen freuen. Es geht darum, ob unser Land weiterhin ein liberaler und demokratischer Rechtsstaat sein

oder eine absolutistische Demokratie werden soll. Rechtsstaat und Gewaltenteilung sind Errungenschaften des 18. Jahrhunderts, und auf dieser Basis haben die Freisinnigen im 19. Jahrhundert unsere moderne Schweiz geschaffen. Den Aufklärern ging es darum, die absolutistische Macht des Souveräns zu brechen.

Was die SVP bzw. ein Teil ihrer Führung mit ihrer Haltung «alle Macht dem Volk» anstreben, führt geradezu zu einer Aushebelung des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung. Die SVP sammelt jetzt Unterschriften, um den Entscheid des Bundesgerichtes zur Einbürgerungsfrage umzustossen. Und mit der sogenannten «Maulkorbinitiative» soll dem Bundesrat seine Führungsfunktion abgesprochen werden.

Diesen Ansinnen müssen wir Freisinnigen ohne Wenn und Aber entgegen-treten. Man kann einen modernen Staat in Gottes Namen nicht mit «Vollversammlungen» führen. Unserem scheidenden Präsidenten Rolf Schweiger ist es hoch anzurechnen, dass er noch vor seinem Rücktritt und trotz seiner Krankheit diese wichtige Debatte in der letzten Num-

mer des «Freisinn» angestossen und dabei keinen Zweifel gelassen hat, wo die FDP in dieser Auseinandersetzung stehen sollte.

Unverständlich ist mir, warum so viele führende Parteikader es unterlassen haben, die Vorgabe von Bundesrat Pascal Couchepin aufzunehmen und öffentlich für die Partei Flagge zu zeigen. Es wäre eine einmalige Chance gewesen, der Partei mit klaren öffentlichen Aussagen Profil zu verleihen und damit für die Zukunft wieder Wähler zu gewinnen. Mit ängstlichem Taktieren werden wir das nie schaffen. Es ist leider nicht das erste Mal, dass wir eine zukunftssträchtige Vorgabe eines führenden Magistraten ungenutzt verstreichen lassen.

Hugo Bohny
8706 Feldmeilen ZH

«Mehr Freiheit, weniger Staat»

Bundesrat Couchepins theoretischer Ansatz von der Gewaltenteilung in der Demokratie ist wohl richtig und seit Montesquieu allbekannt. Daraus zu schliessen, dass die direkte Demokratie in der Schweiz durch die Haltung von Bundesrat Blocher und die Aktivitäten der SVP gefährdet sei, ist hingegen absurd. Wenn eine Gefährdung der direkten Demokratie besteht, geht sie heute aus vom wachsenden Machtanspruch der Exekutivgewalt, erkennbar an der stetig wachsenden

Staatsquote, am überbordenden Staatsapparat, an der flächendeckenden Behördenpropaganda vor Volksabstimmungen, unterstützt durch mehrere Hundert in der Bundesverwaltung tätige Medienleute und Propagandisten, meist im Verbund mit den mehrheitlich deutlich links positionierten Medien.

Die grösste Gefahr für die direkte Demokratie besteht aber darin, dass der Grossteil unserer massgebenden Politiker offen – oder aus taktischen Gründen heute noch heimlich – einen EU-Beitritt befürwortet. Sollte es so weit kommen, dann Adieu Volkssouveränität und direkte Demokratie.

«Mehr Freiheit, weniger Staat», lautete der erfolgreichste Slogan der FDP, welcher ich seit 30 Jahren angehöre. Steht die FDP noch hinter dieser Aussage?

Hans Allenspach
8542 Wiesendangen ZH

Ist unsere Demokratie noch zeitgemäss?

Ist unsere Demokratie wirklich noch zeitgemäss, wenn meist nur etwa 45% der Stimmberechtigten an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen?

Ist unsere Demokratie wirklich noch zeitgemäss, wenn sich Jugendliche als Träger der Zukunft zunehmend vom politischen Geschehen distanzieren?

Ist unsere Demokratie wirklich noch zeitgemäss, wenn im rasanten Wandel der Zeit und des Weltge-

schehens unsere politischen und verwaltungstechnischen Prozesse Mühe bekunden, Schritt zu halten?

Solche Fragen können nicht nach einem Schwarzweiss-Schema abgehandelt werden. Sie können uns aber dahingehend fürs Thema sensibilisieren, ob wir unseren demokratischen Status nicht erneuern müssen, um in der Zukunft als starker und aktiver Staat in einem globalen gemeinschaftlichen Umfeld bestehen zu können, in dem harte Grenzen ihre Bedeutung verlieren.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, unsere demokratischen Institutionen und Prozesse bis in den Kern hinein einer Analyse zu unterziehen und nach Optimierungspotenzial zu durchleuchten. Wir müssen agiler und proaktiver werden, schneller und effektiver entscheiden, zielbewusster führen, ohne unsere herkömmlichen Prinzipien aufzugeben.

Unser föderalistisches System ist eine der wertvollsten Errungenschaften, zu der Sorge zu tragen ist. Es fördert Pluralität, Vielfalt und Solidarität untereinander, welche eingebettet in einer Einheit ihre beste Wirkung erzielt. Es muss aber auch adaptionsfähig sein, um in einer vernetzten Welt mit einer Stimme auftreten zu können.

Marc Schönholzer
2562 Port BE

BUDAPEST

POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

7.-10. APRIL 2005

DONNERSTAG, 7. APRIL 2005

Anreise
9.00 h Treffpunkt Flughafen Zürich-Kloten

Flug
10.10 h Direktflug Zürich-Budapest mit MALEV 565
11.45 h Ankunft Budapest

Transfer
Bustransfer vom Flughafen zum Hotel

Hotel
Hotel ****

Mittagessen
13.30 h Kleines Mittagessen (fakultativ)

Parlament
15.00 h
1) Führung durch das Parlamentsgebäude
2) Einführung in die parlamentarische Funktion
3) kurzer Rückblick Donaumonarchie bis heute
Besuch einer Parlamentssitzung (ca. 20 Min.)
4) Zusammentreffen mit einem NZZ-Korrespondenten. Informationen des Korrespondenten über aktuelle politische Themen in Budapest und Ungarn.
5) Diskussion über das Schengen-Abkommen in den Ostgebieten mit einer Fachperson und dem NZZ-Korrespondenten.

Abendessen
20.00 h mit Zigeunermusik
Übernachtung im Hotel

FREITAG, 8. APRIL 2005

Morgen
Frühstück im Hotel
9.30 h Bummel durch die Stadt zur Schweizer Botschaft.

Schweizer Botschaft
10.30 h Empfang durch den Botschafter
Informationen, Fragen und Antworten zu Politik, Wirtschaft und Kultur.

Mittagessen
12.00 h fakultativ

Handelskammer
14.00 h Gespräch mit dem Direktor der Handelskammer Schweiz-Ungarn und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft.
ca. 16 h

Apéro
19.00 h Apéro mit Gästen, u.a. mit einem Europaparlamentarier.
Persönliches Vorstellen der Gäste während des Apéros.

Nachtessen
20.00 h mit Gästen aus Politik und Wirtschaft. Übernachtung im Hotel.

SAMSTAG, 9. APRIL 2005

Morgen
Frühstücksbuffet im Hotel
Der Morgen steht frei zur Verfügung.

Kaffeehaus
12.00 h Treffpunkt in einem Kaffeehaus

Nachmittag
13.30 h Thema Kultur:
Architektur / Handwerk – Budapester Schuhe / Weinhandlung / Patisserie

Abend
19.00 h Aktuelle Veranstaltung (fakultativ)
Übernachtung im Hotel

SONNTAG, 10. APRIL 2005

Morgen
Frühstücksbuffet im Hotel
Check-out im Hotel

Ausflug
9.30 h In die nahe Umgebung
Schiffahrt auf der Donau
Fahrt mit dem Bus
Besuch eines ungarischen Hofes mit Pferdezucht

Mittagessen
Mittagessen auf dem Hof

Transfer
15.00 h Transfer zum Flughafen

Rückflug
17.35 h Direktflug Budapest-Zürich mit MALEV 566
19.15 h Ankunft in Zürich Kloten

Programmänderungen bleiben vorbehalten

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Preise:
Pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1760.-
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 180.-

Teilnehmerzahl:
Minimale Teilnehmerzahl: 10 Personen
Maximale Teilnehmerzahl: 20 Personen

ORGANISATION UND REISELEITUNG:

CREAZIONE VIAGGI
Alle Rechte an dieser Reise bleiben ausschliesslich CREAZIONE VIAGGI, Schönenwerd, vorbehalten.
Programmänderungen ausdrücklich vorbehalten.



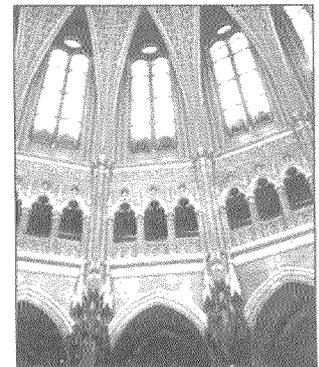
Der Budapester Ostbahnhof.



Das Parlamentsgebäude am Ufer der Donau.



Die königliche Burg im Budaer Stadtteil.



Ein Blick in die Kuppel des Parlamentsgebäudes.

Ja, diese Reise interessiert mich

Bitte senden Sie mir unverbindlich weitere Informationen.

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Talon ausfüllen und einsenden an: Generalsekretariat FDP, Leserreise, Postfach 6136, 3001 Bern oder per E-Mail an nobs@fdp.ch

Nein zu Parallelgesellschaften

Islam in der Schweiz: Trennung von Religion und Staat

Holland hat aufgeschreckt: Das friedliche Nebeneinander religiöser Gemeinschaften scheint plötzlich gefährdet durch Gräueltaten islamistischer Extremisten und durch gegenseitige Rache-Anschläge. Hierzulande wird die Problematik von vielen unterschätzt: Politiker führen unter sich eine Debatte – über Kopftücher! Dabei ist der liberale Rechtsstaat ernsthaft herausgefordert. Eine Klärung der Multi-Kulti-Romantik tut ebenso Not wie eine Debatte zur Rolle aller Religionen im modernen Staat.

Von FDP-Generalsekretär
Guido Schommer, Bern

Der Islam kann nicht aus der Schweiz hinausgesperrt werden, er ist da. Heute ist der Islam mit rund 350 000 Gläubigen die drittgrösste Religionsgemeinschaft der Schweiz. Bisher glaubten viele – wohl aus politischem Korrektismus –, dass das Faktum dieser Zuwanderung nicht zu thematisieren sei. Die Integration werde schon irgendwie von alleine gelingen. Multikulturalität wurde von vielen als permissives Laisser-faire statt als gelebte Toleranz mit Rechten und Pflichten verstanden. Ein fataler Irrtum, wie sich jetzt zeigt: Es droht die Herausbildung von in sich geschlossenen, abgeschotteten Parallelgesellschaften, die vom schweizerischen Rechtsstaat nicht mehr erreicht werden.

Schweizer Islam steht in der Pflicht

Der Islam ist eine Religion, die auch für Frieden stehen kann. Wer sich gewalttätig oder gar terroristisch betätigt, kann dafür nicht den Deckmantel der Reli-

gion beanspruchen. Genau das bezweckt aber die Vermengung von Staatsgewalt und Religion des radikalen Islamismus, der im deklarierten heiligen Krieg für einen Gottesstaat kämpft – mit bekanntermassen unzivilisierten Mitteln. Spätestens seit den niederländischen Ereignissen hat die islamische Religionsgemeinschaft auch hierzulande erstens die Pflicht, sich in aller Deutlichkeit von diesen radikalen Phantasien abzugrenzen und auch öffentlich zu distanzieren.

Der Mörder von Theo van Gogh ist in den Niederlanden in einer Parallelwelt aufgewachsen und nicht ein hergereister Terrorist. Zweitens muss der Schweizer Islam dringend seinen Organisationsgrad verbessern.

Die Schweizer Politik hat kaum legitimierte Ansprechpartner der islamischen Religion: «In der Schweiz wiederum findet eine jüngst von Politikern entfachte bizarre Kopftuch-Debatte unter Ausschluss der Betroffenen statt...» (Franz Kogelmann: «Kopftuchdebatten in Europa». In: Orient-Journal, Herbst 2004, S. 20).



Guido Schommer

Verteidigung der liberalen Demokratie

Auf der anderen Seite zwingt die aufkommende Islam-Debatte auch zur Auseinandersetzung mit dem Stellenwert der Religionen im modernen Rechtsstaat. Die liberale Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte sind Errungenschaften des aufgeklärten Europas zur Weltgeschichte. Sie treten in Form der Bürgerrechte und des Rechtsstaates auch in der schweizerischen Bundesverfassung auf. Die Durchsetzung dieses demokratisch festgelegten Wertekanons benötigt aber permanente Aufmerksamkeit und Verteidigung gegenüber Herausforderern. Dieses Recht muss auf dem Territorium durchgesetzt werden, unabhängig von Religionszugehörigkeiten. Deshalb sind Parallelgesellschaften in der

Schweiz, in denen etwa Frauendiskriminierung, Gewalt in der Ehe usw. toleriert werden, keinesfalls akzeptabel. Ebenso wenig dürfen Rache-Anschläge gegen muslimische Einrichtungen – wie sie in den Niederlanden ebenfalls vorkamen – toleriert werden: Das Gewaltmonopol muss beim Staat bleiben.

Die Agenda erweitern

Aber auch die mehrheitlich christliche schweizerische Gesellschaft ist herausgefordert: Diverse konkrete Themen stehen an:

- die rechtliche Gleichstellung des Islams (Österreich hat's verwirklicht)
- die hiesige Ausbildung von Predigern (analog privat finanzierten Ausbildungsgängen für jüdische Geistliche)
- der Ausschluss der religiösen Symbole in staatlichen Institutionen bis hin zu den Schu-

len (Frankreich zwingt damit zur Integration)

■ das Verbot von nach Religion getrennten Friedhöfen

■ der Aufbau einer schweizerisch-islamischen Dachorganisation usw.

Auf übergeordneter Ebene ist aber auch zu diskutieren, wie wir es halten wollen mit dem Stellenwert der christlichen Religion in unserem Staat. Kann man gleichzeitig einerseits die Trennung von Religion und Staat/Recht beim Islam fordern, andererseits aber die unvollendete Trennung von christlicher Kirche und Staat hinnehmen? Wäre es nicht an der Zeit, die vom Laizismus geforderte Religionslosigkeit des Staates und das Primat der Vernunft zu debattieren?

Keine Aussaat von Fremdenfeindlichkeit zulassen

Die nun endlich auch in der Deutschschweiz angestossene Debatte (in der Romandie findet sie seit etwa 2 Jahren statt) ist mit offenem Visier, mit Augenmass und mit der Optik der Verteidigung des liberalen Rechtsstaates anzugehen. Dann wird sie zur nötigen Enttabuisierung führen. Wenn die Debatte hingegen Scharfmachern jeder Prägung und Multikulti-Romantikern überlassen wird, besteht die Gefahr, dass Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass gesät werden. Auch das dürfen Liberale nicht zulassen. ■

Entlastung im Asylbereich durch Dublin

Worum es bei «Dublin» geht

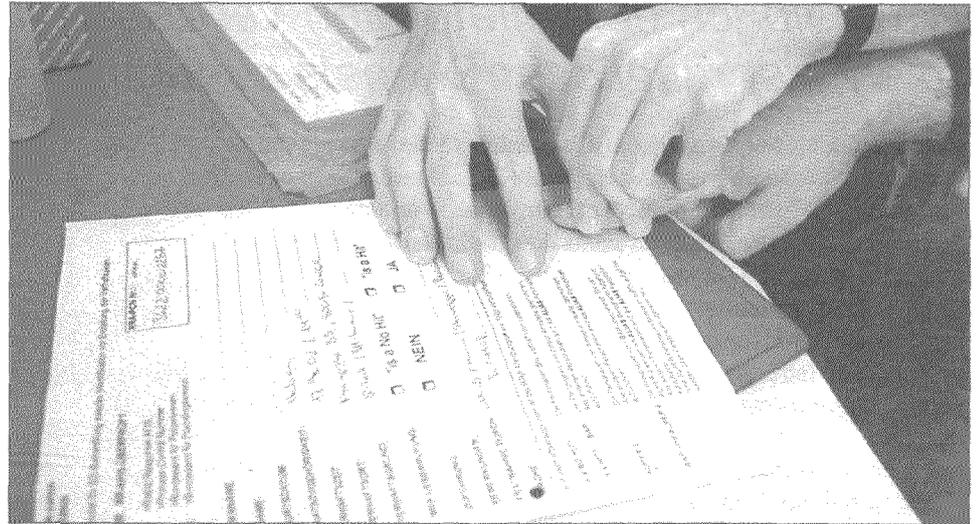
Am 26. Oktober wurden die Bilateralen Abkommen II mit der EU in Luxemburg unterzeichnet. Sie müssen nun vom Parlament und einzelne dieser Abkommen – sofern dagegen das Referendum ergriffen wird – auch vom Volk genehmigt werden. In einer Serie stellt der «Freisinn» die neun Abkommen vor. In dieser Ausgabe finden Sie den Teil Dublin des Dossiers «Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration (Schengen/Dublin)». Der Teil Schengen wurde in der Nr. 9/04 behandelt. Schengen/Dublin bilden zusammen ein in sich geschlossenes Abkommen und sind in diesem Sinne nicht trennbar.

nob. Im Kontext der gesamten europäischen Asylpolitik bilden die Regelungen von Dublin quasi das Fundament zur Verwirklichung des neuen EU-Asylansatzes. Mit der gezielten Identifikation von Asylsuchenden durch das elektronische Fingerabdrucksystem Eurodac sollen mit Dublin Zweitasyugesuche bzw. das sogenannte «Asylshopping» innerhalb der EU unterbunden werden. Asylsuchende können daher im EU-Raum nur noch ein Asylgesuch in dem für sie zuständigen Staat stellen. Der zuständige Gesuchsstaat ist in der Folge ausschliesslich dafür zu-

ständig, dass ein abgelehnter Gesuchsteller die EU verlässt. Stellt ein Asylsuchender ein erneutes Gesuch in einem anderen Dublin-Staat oder taucht er dort anderweitig unter, so kann er ohne neues Verfahren an den zuständigen Erstgesuchsstaat zurückgewiesen werden.

Abnahme der Asylgesuche

Die Schweiz rechnet im Falle einer Teilnahme an Dublin mit einer Abnahme der zu behandelnden Asylgesuche, werden hierzulande doch relativ viele Zweitasyugesuche gestellt. Auch die Dubliner Kriterien



zur Bestimmung des für ein Asylgesuch zuständigen Staates wirken sich für die Schweiz positiv aus. Danach ist entweder derjenige Staat zuständig, in dem sich bereits Familienangehörige befinden (insbesondere in Bezug auf Minderjährige), der ein Visum ausgestellt hat oder aber der die illegale Einreise in den Schengen-Raum zu verantworten hat. Eine illegale Einreise in den Schengen-Raum über die Schweiz ist praktisch kaum denkbar, da die Schweiz als Binnenland nur die internationalen Flughäfen als Schengen-Aussengrenzen zu überwachen hat, die sich relativ leicht kontrollieren lassen. Zudem sind die Transporteure angehalten, nur Personen in die Schweiz zu befördern, die – von bestimmten Ausnahmesituationen abgesehen – über die notwendigen Einreisepapiere verfügen. Somit verbleibt auf Grund der Dubliner Kriterien einzig

die Zuständigkeit der Schweiz im Falle eines von der schweizerischen Auslandsvertretung ausgestellten Visums bzw. im Falle bereits in der Schweiz angewesender Familienangehöriger. Im Falle einer Nichtteilnahme an Dublin wäre hingegen damit zu rechnen, dass die Gesuchszahlen in der Schweiz gegenüber heute deutlich zunehmen, da Zweitasyugesuche innerhalb Europas nur noch in der Schweiz gestellt werden können.

Gerechte Lastenverteilung

Mit der von Dublin angestrebten Vermeidung von Zweitasyugesuchen sollen die Gesuchszahlen in den einzelnen Staaten insgesamt verringert werden, was zu einer Entlastung einzelner Staaten führt. Die unter Dublin aufgestellten Kriterien zur Bestimmung des für ein Asylgesuch zuständigen Staates tragen zudem zu einer

gerechteren Lastenverteilung innerhalb Europas bei. Letztlich wird damit auch die Basis für eine bessere Akzeptanz echter Flüchtlinge geschaffen.

Harmonisierung der Asylverfahren

Die Europäische Union verfolgt in der Asylpolitik einen neuen Ansatz, der die bestehenden Asylsysteme ergänzt und eine bessere Steuerung der Asylbewerberströme sowohl innerhalb Europas als auch in den Herkunftsregionen zum Ziel hat. So ist die EU beispielsweise daran, die einzelstaatlichen Vorschriften über den Status von Asylsuchenden oder der anzuwendenden Asylverfahren zu harmonisieren. Diese Harmonisierungen finden ausserhalb des Übereinkommens von Dublin im Rahmen der EU-Entwicklungen im Bereich Justiz und Inneres statt und sind nicht Teil der Abkommen mit der Schweiz. ■

Darum geht es

Die Bilateralen II beinhalten folgende 9 sektoriellen Abkommen:

- Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration (Schengen/Dublin)
- Zinsbesteuerung
- Betrugsbekämpfung
- Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte
- Umwelt
- Statistik
- MEDIA
- Bildung, Berufsbildung, Jugend
- Ruhegehälter

Die Schweiz soll in Europa die Schweiz bleiben

Weshalb ich den Bilateralen Verträgen II nach ursprünglicher Skepsis zustimme

Kein europäischer Staat kennt eine derart tief verwurzelte Referendums- und Initiativ-Demokratie – und das auf allen Stufen der Gemeinwesen – wie die Schweiz. Kein europäisches Land pflegt einen derart ausgeprägten, auf politischer, kultureller, sprachlicher und gesellschaftlicher Feingliedrigkeit beruhenden Föderalismus wie wir. Kaum ein europäisches Volk lebt näher am lebendigen, republikanischen Mechanismus von Wahlen und Sachabstimmungen als unser Souverän; seit dem Zweiten Weltkrieg haben allein 270 eidgenössische Volksabstimmungen stattgefunden.

Von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher EFD

Der Kerngehalt der Bundesverfassung ist dabei seit über 100 Jahren derselbe geblieben. Direkte Demokratie und Föderalismus sind mächtige Pfeiler unseres Staates, an denen sich jede Entwicklung unseres Landes zu orientieren hat.

Die Schweiz ist ein Land ohne Rohstoffe. Wir sind in hohem Masse auf das Veredeln und den Export von Gütern und zunehmend auch von Dienstleistungen angewiesen, um unseren Wohlstand zu halten. Die Wirtschaftenden unseres Landes brauchen ungehinderte Marktzutritte für den Absatz ihrer Produkte. Dies gilt vor allem auch für die Pharma-, die Maschinen- und Uhrenindustrie, für den Tourismus sowie für den Finanzplatz, die zusammen mittlerweile über 80 Prozent der Exporterlöse ausmachen. In den letzten Jahren haben bereits etliche Branchen an

Wettbewerbsfähigkeit und damit an Bedeutung verloren. Wir müssen zu unserem Wirtschaftsstandort Sorge tragen. Das interne Wachstum ist seit vielen Jahren ins Stocken geraten. Der Verlust an Auslandsmärkten wäre existenzbedrohend. Die Politik muss daher für optimale Standort- und Exportbedingungen sorgen.

Die Schweiz ist ein Teil Europas

Die Schweiz ist nicht isoliert. Das Land besitzt als Mitglied der Weltgemeinschaft nach wie vor ein hohes Ansehen. Es gehört wirtschaftlich zu den führenden Ländern. Es wirkt in zahlreichen Organisationen wie IWF, Weltbank, OSZE, OECD oder WTO an vorderster Front mit und ist zudem Sitzland von wichtigen internationalen Institutionen. Die Schweiz liegt mitten in Europa. Sie kann als geographischer Teil des Kontinents und als Exportland nicht abseits stehen. Be-



Bundesrat Hans-Rudolf Merz

sonders für einen Kleinstaat gilt, dass verschiedenste Probleme nur international einer Lösung zugeführt werden können. Sie braucht Offenheit, dazu gehört ausdrücklich die Personenfreizügigkeit. Die Frage ist daher nicht: Mit oder ohne EU zu leben. Sondern sie lautet: wie mit der EU leben? Welches sind die Optionen, die staatspolitisch und volkswirtschaftlich gleichermaßen verträglich sind?

In Abwägung zu anderen Optionen stellt sich der Weg des Bilateralismus gegenüber der EU als gangbarer und pragmatischer Pfad heraus. Er meidet jene staatspolitischen Territorien, die mit unserem Staatsaufbau und -ver-

ständnis quasi inkompatibel sind. Er kann Lösungen für beinahe alle Politikbereiche anbieten, und er öffnet jene Tore, welche unser Export als wichtigster Pfeiler der Volkswirtschaft benötigt, um Waren und Dienstleistungen auf die Märkte zu bringen. Der Weg des Bilateralismus muss von Gegenseitigkeit und Gleichgewichtigkeit geprägt sein. Damit kann die Schweiz in Europa die Schweiz bleiben.

Aussenpolitik ist Interessenpolitik

Zur Erreichung unserer Ziele bedarf es kluger Strategien. Diese können sein: Das Ausspielen der eigenen Stärken, die Zusammenarbeit als Geben und

Nehmen, die schlaue Diplomatie des neutralen Kleinstaates sowie die Absicherung der Interessen im Rahmen internationaler Spielregeln.

Zur letztgenannten Strategie der Interessenabsicherung gehören vor allem auch die Verträge und die Instrumente der Zusammenarbeit. In diesen Bereichen wurden seit Aufnahme des bilateralen Pfades mit der EU gelegentlich Um- und Irrwege beschritten. Die Wichtigkeit der Interessenabsicherung kann aber nicht genug betont werden. Das habe ich als Bundesrat im Rahmen meiner internationalen Kontakte aus einem anderen Blickwinkel von neuem erfahren.

Anspruch und Wirklichkeit in den bilateralen Verhandlungen II mit der EU lagen zeitweise weit auseinander. Ich habe das Vorgehen deshalb mit grosser Aufmerksamkeit und mit viel Skepsis beobachtet und kommentiert. Mir war zu Beginn nicht durchwegs ersichtlich, ob dem «Geben» an die EU auch ein entsprechendes «Nehmen» für unser Land gegenüberstehen würde. Ich befürchtete, dass das Schengen-Dossier in zu grosser Eile verhandelt würde. Rund um die Souveränität gegenüber der EU, um den beargwöhnten Finanzplatz und um landesinterne Strukturen spielten

sich teilweise hartnäckige Auseinandersetzungen ab. Die EU tendierte auf weitgehende Übernahme ihres Acquis – was einem Eingriff in mein Staatsverständnis gleichkäme –, die Schweiz pochte auf Eigenständigkeit.

Es mussten Kompromisse erzielt werden. Beide Seiten standen nicht still und fanden bemerkenswerte Lösungen:

■ Die EU ist von ihrer ursprünglichen Forderung nach einem umfassenden Informationsaustausch in Bankenfragen abgewichen.

■ Die Schweiz muss keine Änderungen des Schengener Acquis übernehmen, welche sie im Bereich der direkten Steuern verpflichten würde, bereits bei Hinterziehungsdelikten Rechts-hilfe zu leisten (opt out).

■ Die erweiterte EU wird im Jahr 2007 eine zweite, verbesserte Auflage ihres Schengen-Info-Systems (SIS) lancieren. Damit sind meine Zweifel am bisherigen SIS aus dem Jahr 2001 unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes und wegen anderer Mängel ausgeräumt.

■ Zollgänger werden bei den Zollkontrollen unter dem Schengen-Regime kaum einen Unterschied zu heute spüren. Neue Möglichkeiten zur Verbrechensbekämpfung wird der systematische Zugang zu europäischen Fahndungsdatenbanken ergeben.

■ Die Änderungen am Schweizer Waffenrecht bleiben sekundär.

Der Bundesrat hat in den Verhandlungen verschie-

dene Strategien angewendet. Unsere Kooperation bspw. im Bereich der Bildung konnten wir aus einer Position der Stärke anbieten. Dank der parallelen Verhandlungsführung in allen Dossiers konnten wir das Geben und Nehmen im Gleichgewicht behalten. Und durch unser schlaues Angebot einer Zahlstellensteuer konnten wir den Informationsaustausch verhindern und damit das Bankgeheimnis sichern. Unsere Interessen werden mit den Bilateralen II besser abgesichert als ohne.

Bankgeheimnis gewahrt

Als Bundesrat habe ich in der Endphase der Verhandlungen mitgewirkt. Das Finanzdepartement hat – schon unter meinem Vorgänger Alt-Bundesrat Kaspar Villiger – an vorderster Front in den Verhandlungen zu den sensiblen Verträgen Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung und teilweise Schengen/Dublin mitgewirkt und dabei stets gefordert: Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar. Dieser Grundsatz hat sich im Bereich der direkten Steuern durchgesetzt. Die vorliegenden Verträge respektieren die schweizerischen Interessen sehr weitgehend. Vor allem bleibt das Bankgeheimnis in seinem wesentlichen Inhalt der direkten Steuern gewahrt. Diese Auffassung wird vom Finanzplatz geteilt. Statt dem geforderten Informationsaustausch wird eine von der Schweiz in die Verhandlungen eingebrachte Zahlstellensteuer eingerichtet. Diese führt zum gleichen Ziel, begeht aber einen ganz anderen Weg,

der dem Bankgeheimnis entspricht.

Im Dossier über die Betrugsbekämpfung ist die EU bereit, jenen Umfang an Rechtshilfe im indirekten Steuerbereich zu akzeptieren, den die Schweiz auch in ihrem internen Verhältnis gewährt. Auch hier konnte eine Lösung gefunden werden, die Kernforderungen beider Seiten erfüllt.

Kein Abbau an Sicherheit

Die wichtige Frage der Inneren Sicherheit kann nach intensiven Konsultationen vor allem auch der Kantone beantwortet werden. Unter dem Regime von Schengen/Dublin findet kein Abbau an Sicherheit statt. Denn die Schweiz ist nicht Mitglied der europäischen Zoll-Union. Deshalb müssen an der Schweizer Grenze auch inskünftig Waren- und (damit verbunden auch bis zu einem gewissen Grad) Personenkontrollen durch ausgebildetes und bewaffnetes Zoll- und Grenz-wachtkorps-Personal durchgeführt werden.

Heute werden nur rund 3% der Grenzübertritte kontrolliert; wegen Schengen sinkt diese Quote nicht. Die Personenkontrollen im grenznahen Raum finden im polizeilichen Hoheitsgebiet der Grenzkantone statt. Mit diesen wird der Bund in Fortsetzung bereits bestehender Regelungen Verträge über Zuständigkeiten und Verfahren abschliessen.

Als Finanzminister fällt der Zoll in meinen Zuständigkeitsbereich. Ich habe in zahlreichen Gesprächen, aber auch bei Besuchen von Grenzposten erfahren,

dass das Schengener Informationssystem dem Zoll-Personal willkommene Hilfen bei der Verbrechensbekämpfung liefern wird.

Ende März 2004, also im Hinblick auf den Entscheid des Bundesrates zu den Bilateralen II, habe ich im Departement eine abschliessende Beurteilung vorgenommen. Es galt, die staatspolitischen, volkswirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte des Verhandlungsergebnisses gegeneinander abzuwägen.

Schweizer Interessen durchgesetzt

Ich kam zum Schluss, dass mit den Bilateralen Verträgen II die direkte Demokratie und der Föderalismus gewahrt bleiben, dass die Exportbedingungen verbessert werden und dass das Ergebnis der Verhandlungen handfeste Vorzüge beinhaltet. In den delikatesten Bereichen konnten die schweizerischen Interessen fast durchs Band durchgesetzt werden. Zu unseren Vorteilen gehört, dass etliche Branchen,

darunter die Nahrungsmittelindustrie und die Landwirtschaft, erleichterten Marktzugang erhalten. Mit Dublin wird der Asyltourismus eingedämmt. Die wichtigsten Anliegen des Finanzplatzes bleiben gewahrt. Es ist kein Abbau an innerer Sicherheit zu befürchten. In weiteren Bereichen (u. a. Bildung, Tourismus) kann die Zusammenarbeit mit gegenseitigem Nutzen vertieft werden.

In die Entscheidungsfindung musste mit einbezogen werden, dass die Schweiz als EU-Aussengrenze und als EU-Drittmarkt erhebliche Nachteile erleiden könnte, wenn die Bilateralen I keine Ergänzung finden. Ich kam persönlich zum weitergehenden Schluss, dass dank der Bilateralen Verträge ein Beitritt der Schweiz zur EU nicht erforderlich ist und dass die Schweiz in Europa damit die Schweiz bleiben kann.

Somit stimme ich dem Gesamtpaket Bilaterale II zu.

Anzeige

Mit der

triscom
media ag

inserieren Sie im «Schweizer Freisinn»



Bei unserer Medienberaterin Frau Helene Renggli erhalten Sie alles aus einer Hand:

- Beratung
- Kompetenz
- Abwicklung

Rufen Sie einfach an: 061 926 93 44

TrisCom-Media AG, Bündtenstrasse 10, 4410 Liestal
Fax 061 926 93 30, E-Mail: verkauf@triscom.ch

Schluss dem Missbrauch

Volksinitiative gegen das Verbandsbeschwerderecht lanciert

Das Verbandsbeschwerderecht verhindert Investitionen in Milliardenhöhe. Die Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz» verlangt die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts nach Volksentscheiden.

Von Nationalrat Filippo Leutenegger, Zürich

Jahrelange Verhandlungen waren nötig, bis die Piste für die Ski-WM 2003 in St. Moritz gebaut werden konnte. Schlussendlich half eine Kompensationsmassnahme weiter: Das Zugeständnis, den Stazerwald auf der andern Seite des Talbodens unter Schutz zu stellen.

Instrument falsch genutzt

Das ist ein Beispiel der heutigen Wirkung der Verbandsbeschwerde von vielen. In der Schweiz sind heute etwa dreissig Organisationen mit ideeller Zweckbindung aufgrund des Verbandsbeschwerderechts jederzeit in der Lage, Bauten wie ein Stadion, eine Autobahn, eine Seilbahn oder ein Einkaufszentrum über Monate und Jahre zu verzögern oder ganz zu verhindern, indem sie die Rechtmässigkeit einer auf legalem Weg von den zuständigen Behörden gewährten Bewilligung vor Gericht bestreiten.

Die Verbandsbeschwerde stellt in den Händen dieser Organisationen ein permanentes Druckmittel gegenüber den jeweiligen Investoren dar, die meist un-

ter Zeit- und damit unter Verhandlungsdruck stehen. Auch die Behörden geraten mit ihren Entscheidungen unter Druck. Heute nehmen die Verbände auf diese Weise quasi den Status einer Parallelbehörde ein und missbrauchen das Instrument der Verbandsbeschwerde als Verhinderungsinstrument.

Dieser Tatsache soll dank der Volksinitiative, die von der Kantonalzürcher FDP lanciert und von 14 Sektionen unterstützt wird und auf die «wohlwollende Unterstützung» der FDP Schweiz zählt, zumindest für Objekte, die in einem demokratischen Entscheidungsprozess bewilligt werden, ein Riegel geschoben werden. Beispiele für Projekte, welche trotz demokratischen Entscheiden verhindert wurden, gibt es genug: Das Projekt «Eurogate» konnte trotz zweimaliger Annahme in Volksabstimmungen nicht gebaut werden. Sein definitives Aus bewirkte die Vernichtung von rund 150 Millionen Franken Planungskosten und über zwei Milliarden Franken Investitionen. Aktuell ist der Fall des Fussballstadions Hardturm in Zürich: Im September 2003 hatte das Projekt eine Volksabstimmung passiert, ein Verband verzögerte – neben Anwoh-



Filippo Leutenegger

nern – die Realisierung so lange, dass das Stadion für die EM 2008 nicht bereit stehen wird.

Verhinderung behindert die Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Folgen solcher Verhinderungstaktik sind unübersehbar: Nicht getätigte Investitionen in Milliardenhöhe fehlen der Schweizer Wirtschaft, dringend benötigtes Wirtschaftswachstum wird behindert. Mit jedem nicht investierten Franken geht ein später generierter Franken Umsatz verloren – dazu pro halbe Million Umsatz ein Arbeitsplatz. Allein bei der Migros sind Projekte im Umfang von einer knappen Milliarde Franken blockiert.

Die Verzögerungen wegen der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde verursachen oft Kosten, die weder für private noch für öffentliche Bauherren tragbar sind. So bewirkten die langen Verfahrensfristen für Bauvorhaben in der

Schweiz beispielsweise, dass sich das Unternehmen «3M» aus Investitions- und Bauvorhaben in Rüslikon zurückzog und statt in der Schweiz in Holland baute. Weitere Beispiele für lange Verfahrensdauern sind die Tiefgarage St-Antoine in Genf – zehn Jahre – und die Hochspannungsleitung Galmiz-Verbois: Die definitive Baubewilligung folgte nach 35 Jahren. Die Electricité Ouest Suisse EOS verlor beim Bau des Wasserkraftwerkes Cleuson-Dixence drei Jahre beziehungsweise Strom im Wert von 144 Millionen Franken.

Wiederholte Rekurse führen aber auch zur völligen Aufgabe von Projekten: So wurde das touristische Erschliessungsprojekt Tête-de-Balme in Finhaut im Wallis aufgegeben. Aufgrund des Widerstandes aus Umweltschutzkreisen droht der notwendige Umzug des Flugplatzes Courtedoux in Bressaucourt im Jura für immer zu

scheitern. Im Kanton Neuenburg ist die Zukunft der Schweizer Windkraft durch das Veto gewisser Umweltschutzverbände in Gefahr.

Anwendungsrecht ausgeweitet

Das Beschwerderecht wurde den Umweltschutzorganisationen Mitte der 1960er Jahre mit dem Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz NHG zum ersten Mal gewährt. Der Anwendungsbereich hat sich mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Umweltschutz USG im Jahre 1985 deutliche erweitert. Es kann derzeit gegen sämtliche Projekte, die aufgrund ihrer Grösse bzw. ihrer Eigenart eine Umweltverträglichkeitsprüfung UVG erfordern, Einsprache erhoben werden.

Die Initiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz», wurde am 19. November 2004 lanciert. Sie ist parteipolitisch sehr breit abgestützt, wie ein Blick in das Initiativkomitee beweist. Nebst weiteren namhaften Exponenten gehören ihm die FDP-Präsidentin ad interim, Marianne Kleiner, die Vizepräsidenten Léonard Bender und Ruedi Noser, mehrere National- und Ständeräte sowie die Präsidenten/-innen aus 10 Kantonssektionen an. Die Unterschriftensammlung dauert bis im Mai 2006.

Alt Bundesrat Hans Schaffner gestorben

Alt Bundesrat Hans Schaffner ist am 26. November kurz vor seinem 96. Geburtstag gestorben. Der freisinnige Aargauer hatte der Landesregierung von 1961 bis 1969 angehört. In seiner gesamten Amtszeit stand er dem Volkswirtschaftsdepartement (EVD) vor.

Schaffner hatte Rechtswissenschaften an der Universität Bern studiert und war anschliessend Sekretär und Kammerschreiber am bernischen Obergericht. Während des Zweiten Weltkriegs stand Schaffner der Eidgenössischen Zentralstelle für Kriegswirtschaft vor, nach dem Krieg der Handelsabteilung im EVD.

«Vater der EFTA»

Als Direktor der Handelsabteilung war Schaffner in

den 50er Jahren massgeblich an der Gründung der Europäischen Freihandelszone (EFTA) beteiligt, was ihm später den Beinamen «Vater der EFTA» eintrug. Dank seines Engagements blieb der Schweiz eine handelspolitische Diskriminierung erspart. 1959 erhielt Schaffner von der Juristischen Fakultät der Universität Bern die Ehrendoktorwürde für Internationales Wirtschaftsrecht. Am 15. Juni 1961 wurde Hans



Alt Bundesrat Hans Schaffner

Schaffner als Nachfolger von Max Petitpierre im ersten Wahlgang in den Bundesrat gewählt. Als Vorsteher des Volkswirtschafts-

departements setzte sich der freisinnige Politiker für die freie Marktwirtschaft ein, war aber dezidiert gegen einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG; heute EU). Schaffners Amtszeit war geprägt von konjunktureller Überhitzung. Als sich Mitte der 60er Jahre ein Inflationsfieber ausbreitete, setzte er zwangswirtschaftliche Massnahmen durch. 1966 wurde Schaffner zum Bundespräsidenten

gewählt. Drei Jahre später, Ende 1969, trat er überraschend aus gesundheitlichen Gründen zurück.

Engagement bei Uno

Nachdem er sich von seiner Krankheit erholt hatte, war Schaffner bis Ende der 70er Jahre in Verwaltungsräten verschiedener Unternehmen tätig. Bei der UNO engagierte er sich in der Expertengruppe über die Tätigkeit multinationaler Konzerne in der Dritten Welt.

Hans Schaffner, der zuletzt in Bern und St-Prex VD wohnte, wäre am 16. Dezember 96 Jahre alt geworden. ■

AM PULS DER KLIMAPOLITIK

www.co2-plattform.ch



«Von Frau zu Frau»

Erfolgreiches Frauen- und Nachwuchsförderungsprojekt geht in die letzte Runde

Im Januar 2000 fiel der Startschuss für das von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) und der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) lancierte Mentoringprojekt «Von Frau zu Frau». Anfang 2005 beginnt der fünfte und vorläufig letzte Zyklus. Auch verschiedene (jung-)freisinnige Frauen waren und sind im Mentoring-Projekt aktiv. Der Freisinn stellt «Von Frau zu Frau» vor.

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin
FDP-Frauen Schweiz

Im Januar 2005 geht das vom Europarat ausgezeichnete Mentoring-Projekt «Von Frau zu Frau» in die fünfte und vorläufig letzte Runde. Im Zentrum steht die persönliche Beziehung zwischen einer erfahrenen Person in leitender Position, mit Einfluss und vielfältigen Kontakten, die bereit ist, ihr Know-how weiterzugeben und einer jüngeren Person, dem Mentee, die ihr Potenzial entwickeln will. Das Mentoring-Projekt der EKF und der SAJV soll junge Frauen motivieren, sich in der Öffentlichkeit zu engagieren und sie beim Einstieg in verantwortungsvolle Positionen unterstützen. Das Projekt soll aktiv dazu beitragen, den Anteil von Frauen in der Politik, in Parteien, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen auszubauen.

Erprobte Strategie

Mentoring ist eine erprobte Strategie zur Förderung von Nachwuchskräften. Die Bezeichnung stammt aus der griechischen Mythologie.

Der griechische Gelehrte Mentor war auf Wunsch von Odysseus während dessen Abwesenheit um die Erziehung seines Sohnes Telemach besorgt. Der Begriff Mentor wurde in der Folge zum Synonym für eine allgemein geachtete und gebildete Person, die einen jüngeren Menschen begleitet und berät.

Frauen- und Nachwuchsförderung verknüpft

Mentoring ist grundsätzlich unabhängig vom Geschlecht der beteiligten Personen. Es wurde und wird primär informell, vor allem unter Männern, praktiziert. Beim Umstand, dass Frauen im Vergleich zu Männern über weniger Netzwerke verfügen, setzt das Projekt an. Mit gezieltem «Matching» von Mentorin und Mentee wird praxisorientierte Frauenförderung mit Nachwuchsförderung verknüpft. SAJV und EKF verstehen denn auch das Projekt als Beitrag

- zur Motivation zu öffentlichem Engagement
- zur Stärkung von Frauennetzwerken
- zur Förderung des Generationendialogs

- sowie zur Sensibilisierung für frauen-, gleichstellungs- und gesellschaftspolitische Anliegen

Engagierte Freisinnige

Auch zahlreiche freisinnige Frauen haben sich in den vergangenen Jahren an dem Projekt beteiligt. So unter anderem im Zyklus 04/05 die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst-Kundert (GL) und die Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen St. Gallen, Claudia Kretz. Der Freisinn hat mit Mentorin und Mentee über ihre Erwartungen, Erfahrungen und die Ergebnisse gesprochen.

«Freisinn»: Claudia Kretz, was war Ihre Motivation, sich als Mentee für dieses Projekt zu bewerben? Welche Ziele haben Sie sich gesteckt?

Claudia Kretz: Da ich mich entschloss, an den Kantonsrats- und Stadtparlamentswahlen teilzunehmen und dafür dringend Support benötigte, bewarb ich mich im Oktober 2003.

Wie muss man sich den Mentoring-Prozess vorstellen? Haben Sie Frau Dürst Tag und Nacht begleitet?

Nein, bei diesem Projekt geht es darum, Einblick in ihr politisches Schaffen zu erhalten. Marianne Dürst gewährt mir vor allem bei

den Geschäften der FDP-Frauen Blicke hinter die Kulissen. Begleitet habe ich sie zu den überparteilichen Präsidentinnentreffen, besuchte mit ihr das Südostschweiz-Forum und nahm mit ihr an einem Medientraining teil. Durch meine Mentorin kam ich zu Glarner Landsgemeinde-Gästekarten, welche mir erlaubten, im Ring die politischen Geschäfte hautnah mitzuverfolgen.

Inwiefern haben Sie die vergangenen 12 Monate weitergebracht? Wie und wovon haben Sie konkret profitiert?

Ich habe interessante Menschen kennen und schätzen gelernt, auch über Parteigrenzen hinweg. Durch diese Begegnungen ist in mir die Motivation gewachsen, aktiver am politischen Geschehen teilzunehmen und für meine Ideologien einzustehen.

An unserem ersten Treffen im Frühjahr 2004 erzählte sie mir von ihrem Regierungsratswahlkampf. Mit vielen kreativen Vorschlägen im Kopf machte ich mich dann an den Stadtparlamentswahlkampf.

«Wir tun viel Gutes, also soll man auch darüber sprechen!» Mit dieser Einstellung kreierte ich einen FDP-Frauenflyer mit allen Kandidatinnen, die sich Ende September für ein politisches Amt in der Stadt Gossau zur Verfügung stellten. Wäre ich ohne Support von meiner Mentorin in den Wahlkampf gegangen, hätte ich kaum meinen Mut zusammengekommen, selbstbewusst für eine ausgewogene Vertretung in unserer lokalen Behörde einzustehen.

Sie haben vielseitige Einblicke hinter die Kulissen der Politik im Allgemeinen und dem Freisinn im Speziellen gehabt: welche Erfahrung, welches Erlebnis hat Sie – positiv oder negativ – besonders geprägt?

Da ich in diesem Jahr, wenn auch nur indirekt, viel in Kontakt mit der FDP-Parteileitung stand (z. B. Hea-

Zur Person: das Mentee



Claudia Kretz ist 24 Jahre alt und wohnt in Gossau, Kanton St. Gallen.

Sie ist seit der Jugendsession im Herbst 1995 politisch aktiv und ist heute Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Kanton St. Gallen sowie Mitglied im Vorstand der FDP Gossau. Sie beurteilt das Mentoring-Projekt als Erfolg und hat nach die-

sem erlebnisreichen Jahr einen prall gefüllten Rucksack an neuen und spannenden Erfahrungen.



Mentorin und Mentee verstehen sich ausgezeichnet.

rings mit FDP-Präsidenten- und Kandidaten), ist mir aufgefallen, mit welchen medialen Argusaugen jegliches Regen der Partei verfolgt wird.

Ich besitze nun Einblicke auf alle Stufen der FDP und hatte wirklich Mühe, in den Medien nachlesen zu müssen, in welchem misslichen Zustand wir doch seien.

Wenn Sie Bilanz ziehen: wurden Ihre Erwartungen an das Mentoring Projekt erfüllt oder gar übertroffen?

Ich habe eine tolle Frau mit vorbildhaftem Charakter kennen gelernt und fühle mich geehrt, Marianne Dürst ein Jahr lang begleitet haben zu dürfen. Auf der persönlichen Ebene habe ich durch ihre offene und ehrliche Art eine Menge profitiert. Ein anderes meiner anvisierten Mentoring-Ziele, in ein poli-

tisches Amt gewählt zu werden, habe ich leider nicht ganz erreicht (1. Ersatz). Getreu dem Motto «Der Weg ist das Ziel» besitze ich nun trotzdem einen prall gefüllten Erfahrung-Rucksack und danke allen herzlich, die mir dabei behilflich waren.

Fragen an Marianne Dürst

«Freisinn»: Was hat Sie dazu bewogen, sich als Mentorin zur Verfügung zu stellen?

Marianne Dürst: Als Exekutivpolitikerin wurde ich angeschrieben und angefragt, am Mentoringprojekt «Von Frau zu Frau» teilzunehmen. Mit der gleichen Motivation, wie ich Ja zum Präsidium der FDP-Frauen Schweiz gesagt habe, habe ich auch Ja zu einem Mentoring gesagt. Ich will, dass sich Frauen in der Politik engagieren, sich für

Ämter zur Verfügung stellen. Den politischen Weg nicht nur wagen, sondern ganz bewusst wählen. Und wo ich das kann, will ich meinen Beitrag dazu leisten. Gerade auch als Netzwerkerin, sei es speziell von Frau zu Frau oder ganz allgemein.

Es geht darum, junge Frauen zu öffentlichem Engagement zu motivieren, den Generationendialog zu fördern sowie für frauen- und gleichstellungspolitische Anliegen zu sensibilisieren. Denken Sie, dass Ihnen dies gelungen ist?

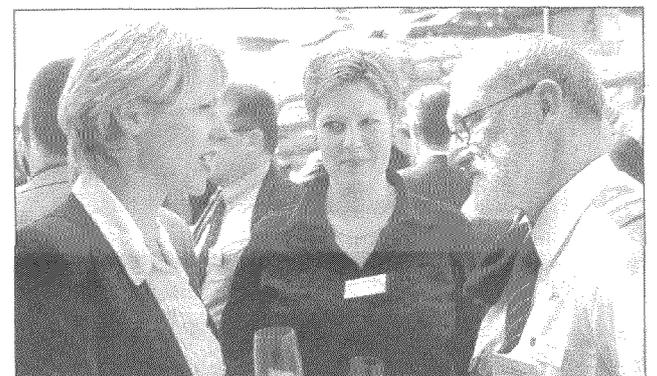
Also zum öffentlichen Engagement motivieren musste ich Claudia nicht mehr. Als wir uns im Projekt kennen gelernt haben, da hat Claudia schon genau gewusst, was sie wollte: Einen aktiven Wahlkampf für den Kantonsrat SG sowie alsdann fürs Gemeindeparlament Gossau führen. Ich konnte ihr da sicher ein paar Tipps geben und mit ihr zusammen die Ausgangslage und eben den jeweiligen Wahlkampf sowie ihre politischen Zielsetzungen reflektieren. A propos Generationendialog – der hat mich selber wahnsinnig motiviert. In meinen Augen ist Claudia politisch viel weiter, als ich das in ihrem Alter war. Das macht mich zuversichtlich, dass Frauen immer früher gezielter ihren Weg gehen. Bei den frauen- und gleichstellungspolitischen Anliegen stelle ich aber fest, dass es keinen Unterschied macht, ob wir 43 oder 24 sind. Wir stossen immer an die gleichen Grenzen. Mir lag viel daran, Claudia für diese Grenzen zu sensibilisieren.

Was mir hoffentlich gelungen ist, ist, Claudia zu motivieren, immer wieder anzutreten, bis es klappt – sich weiter zu engagieren, bis Grenzen überwunden sind.

Wie beurteilen Sie die Idee, die Förderung von Frauen und Jungen in einem Projekt zu verbinden?

Die Umsetzung dieser Idee im Mentoring ist wahnsinnig spannend und für beide Seiten gewinnbringend. Und in meinen Augen ist es

verpasst, meine Mappe mit den Landsgemeindeunterlagen dem Weibel mitzugeben und konnte unmöglich mit der Mappe in der Hand am Einzug in die Landsgemeinde teilnehmen. Da stand Claudia genau im richtigen Augenblick vor mir, und ich konnte ihr meine Mappe in die Hand drücken. Sie musste dann mitten durch den Platz im Ring laufen, um mir die Mappe zu bringen. Für mich bleibt dieses Schlüsselerlebnis Sinnbild für zwei Dinge. Zum einen für funktionierende Netz-



Aufmerksam: Claudia Kretz profitiert anlässlich des Südostschweiz-Forums in Amden vom Netzwerk ihrer Mentorin.

auch ein Modell mit Zukunft, gerade auch parteiintern. Denn Frauen- und Jugendförderung ist Parteiförderung. Spannend und in meinen Augen noch zukunftsreicher wäre es wohl, gezielt gemischte Mentoringprojekte zu lancieren, d. h. weg vom Herkömmlichen hin zum gemischten Doppel, wie es in der Politik sein sollte.

Welches war aus Ihrer Sicht ein «Schlüsselerlebnis» mit Ihrem Mentee?

Der Landsgemeindebesuch von Claudia, weil sie mir da aus einer Patsche geholfen hat. Ich hatte es

werkarbeit unter Frauen, zum anderen dafür, dass Claudia bereit ist, sich zu exponieren.

Haben Sie aber auch umgekehrt von der jungfreisinnigen Claudia Kretz profitieren können?

Ja, ich konnte politisch und persönlich von Claudia profitieren. Politisch, indem ich mich in verschiedenen Themen vertieft mit der Sichtweise einer jungen Frau auseinandersetzen musste. Persönlich, weil ich Claudia als Menschen sehr schätzen gelernt habe. Ihr Tatendrang und ihre Energie die sind ansteckend!

Zur Person: die Mentorin



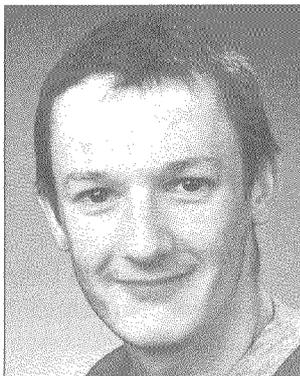
Marianne Dürst ist 43-jährig. Sie ist Regierungsrätin des Kantons Glarus und präsidiert seit Frühjahr 2001 die FDP-Frauen Schweiz. Seit 1988 ist sie politisch aktiv. Sie erachtet ein gezieltes parteiinternes Mentoring als Projekt mit Zukunft.

Liberalisierung in der Landwirtschaft

Der Tagungsbericht der Arbeitsgruppe Internationales

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) trafen sich Mitte November anlässlich einer Tagung zum Thema «Liberalisierung in der Landwirtschaft» in Bern mit hochkarätigen Gästen zu Referaten und Workshops.

Von Adrian Ineichen,
International Officer
jungfreisinnige schweiz
(jfs), Wohlen AG



Adrian Ineichen

Kühe heilig: Entlastungspaket und «Blocher'sche Olmarede», die die Bauern mit der Aufforderung nach mehr Unternehmertum und weniger staatlichen Krücken schockte.

Hochkarätige Gastreferenten

Die Arbeitsgruppe Internationales der jfs griff die Thematik an einem Weekend auf: Eingeladen waren fünf Experten, die in Referaten und Workshops mit den Teilnehmern das Thema kritisch behandelten.

Manfred Elsig begann mit der Skizzierung von Geschichte und Zukunftsperspektiven von GATT und WTO. Er sieht die Öffnung als langfristig unvermeidlich. Peter Flückiger von economiesuisse, begrüßte die Stossrichtung der Verhandlungen in der WTO und wünschte sich in der Schweiz bisweilen ein forscheres Reformtempo. Jacques Bourgeois, freisinniger Grossrat und Bauernverbandsdirektor, machte die Teilnehmer auf die Herausforderungen für die Landwirtschaft aufmerksam. Sehr pessimistischen Zahlen zufolge würden die angestrebten Liberalisierungsschritte die Schweizer Agrarbranche 1,5–2 Mrd. Franken kosten. Warum teure Überproduktion subventionieren und Konsumenten ein Vielfaches der ausländischen Preise bezahlen zu lassen und das Überangebot dann im Ausland billig zu verschern? Diese Frage blieb offen.

Manfred Elsig begann mit der Skizzierung von Geschichte und Zukunftsperspektiven von GATT und WTO. Er sieht die Öffnung als langfristig unvermeidlich. Peter Flückiger von economiesuisse, begrüßte die Stossrichtung der Verhandlungen in der WTO und wünschte sich in der Schweiz bisweilen ein forscheres Reformtempo. Jacques Bourgeois, freisinniger Grossrat und Bauernverbandsdirektor, machte die Teilnehmer auf die Herausforderungen für die Landwirtschaft aufmerksam. Sehr pessimistischen Zahlen zufolge würden die angestrebten Liberalisierungsschritte die Schweizer Agrarbranche 1,5–2 Mrd. Franken kosten. Warum teure Überproduktion subventionieren und Konsumenten ein Vielfaches der ausländischen Preise bezahlen zu lassen und das Überangebot dann im Ausland billig zu verschern? Diese Frage blieb offen.

Standpunkt der Schweiz

Daniel Zulauf, Schweizer WTO-Delegationsmitglied,

Die an der AGI-Tagung verabschiedete Resolution der jfs enthält folgende Kernforderungen:

Die jungfreisinnigen schweiz begrüßen die begonnenen Liberalisierungsschritte in der WTO-Doha-Runde und durch Reformen der Schweizer Landwirtschaft. Unsere Positionen:

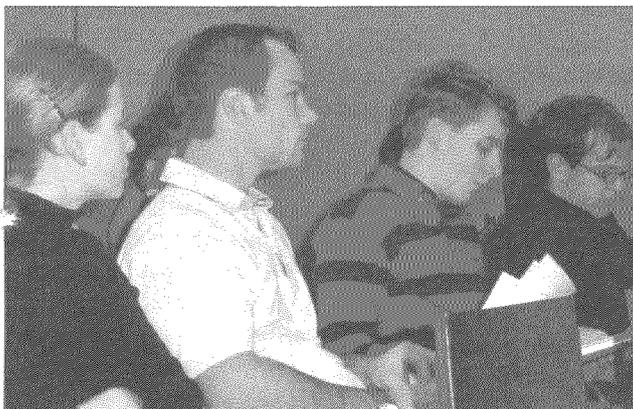
- Forderung nach stärkerer Marktorientierung und grösserer Konsumentennähe des Agrarsektors durch Deregulierungen
- Einen weltweit vollständigen Abbau jeglicher Handels-schranken
- Eine Ausweitung des unternehmerischen Spielraums der Bauern (Bsp. Lockerungen im Raumplanungsrecht)
- Akzeptanz der Abgeltungen gemeinwirtschaftlicher Leistungen (Landschaftspflege).
- Freihandel bedeutet für Entwicklungsländer eine grosse Chance. Ein schrankenloser Marktzutritt hilft mehr als Entwicklungshilfegelder und Protektion des CH-Binnenmarktes!

zeigte einen anderen Ansatz: Die 1,5 Mrd. Franken fussten auf Berechnungsmethoden, die das Ganze schlimmer darstellen, als es ist. Er wusste zu berichten, dass die Schweiz gewissermassen die Taktik der doppelten Böden anwende. Jeder wisse, dass die produktungebundenen Subventionen mehr als doppelt so hoch wie nötig

angesetzt sind und marktverzerrend wirken, was er allerdings als Verhandler vehement bestreiten muss.

Resolution zeichnet Forderungen auf

Am Samstagabend widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Pasta-Plausch und anschliessendem Ausgang dem geselligen Teil. Am Sonntagvormittag versammelte sich die Gruppe erneut, um mit einem Referat des Wirtschaftswissenschaftlers Stephan Kux, einem entwicklungspolitischen Exkurs, nochmals den Horizont zu erweitern. Schlusspunkt der zweitägigen Tagung bildete die Verabschiedung einer deutlichen Resolution als klares Bekenntnis zum Freihandel in der Landwirtschaft.



Die Kursteilnehmer verfolgen aufmerksam die Referate.



Die Referate werden in Arbeitsgruppen intensiv nachbesprochen.

Die Jugendsession aus der Sicht der jungfreisinnigen schweiz

Ein Beitrag zur Diskussion um ihren Stellenwert

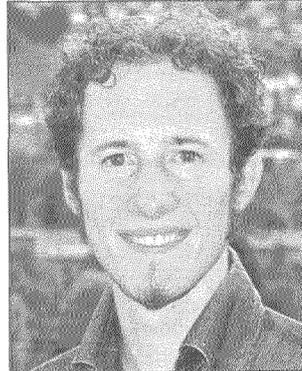
An der diesjährigen Jugendsession diskutierten wiederum zahlreiche Jugendliche aus der ganzen Schweiz ihre Anliegen und verabschiedeten verschiedene Petitionen – heuer zum Thema «Gesundheit». Nach wie vor wird der Session kaum mediale Beachtung geschenkt. An sich schade, oder nicht? – Nicht unbedingt, sagen die jungfreisinnigen. Für die jfs erfüllt die Jugendsession auch ohne grosse Medienwirkung ihren Zweck.

Von Simon Hofstetter,
Generalsekretär
jungfreisinnige schweiz
(jfs), Signau BE

Genügend Akzeptanz vorhanden?

Im Nachgang zur Session ertönt Jahr für Jahr von ver-

schiedenen Seiten der Wehruf, die Jugendsession erhalte nicht genügend Akzeptanz. Gefordert wird, den Petitionen sei Motivationsstatus zu gewähren, andere postulieren sogar ein nationales Jugendparlament mit eigenen Kompetenzen.



Simon Hofstetter

Die Forderung, die Jugendsession politisch aufzuwerten, halten die jfs weder für nötig noch für sinnvoll. Unter anderem weil die teilnehmenden Jugendlichen

nicht gewählt sind und nur ein recht geringes Altersspektrum abdecken (14–21-Jährige), womit das Plenum der Session viel zu wenig repräsentativ ist, um dem Anspruch gerecht zu werden, im Namen der Jugend sprechen zu können.

Jugendsession bringt den TeilnehmerInnen die Politik näher!

Halten wir die Jugendsession also für eine Alibiübung? Keineswegs. Die Session hat aus unserer Sicht durchaus ihren Sinn: sie ist ein ausgezeichnetes

Instrument, um den politisch interessierten Jugendlichen die Politik im Allgemeinen und den Ratsbetrieb im Speziellen näher zu bringen. Eine so verstandene Jugendsession werden die jfs auch in Zukunft unterstützen! ■

Arbeitgeber folgen den Jungfreisinnigen

Linke und Gewerkschaften betreiben Realitätsverweigerung!

45 Prozent der zwischen 25- und 34-Jährigen glauben nicht an eine Rente im Alter!

Auf Grund der demographischen Entwicklung verschlechtert sich das Verhältnis der erwerbstätigen Bevölkerung gegenüber den Rentnern zukünftig dermassen, dass die langfristige Finanzierung der Leistungen der Sozialwerke nicht mehr gesichert werden kann. Es erstaunt deshalb nicht, dass ¼ aller Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr an

die Zukunft der AHV glauben. Drastischer sieht es bei den 25–34-Jährigen aus: Hier glaubt bereits die Hälfte nicht mehr an eine Rente im Alter.

Ein weiteres Problem der demographischen Entwicklung liegt in der Veränderung des Wählersubstrats. Für die momentan erwerbstätige Bevölkerung wird es praktisch verunmöglich, Reformen an der Urne durchzubringen. Entsprechend haben die jungfreisinnigen schweiz (jfs) frühzeitig die Stossrichtung der zukünftigen So-

zialpolitik und somit auch des Generationenvertrages nach folgendem Grundsatz vorgegeben: Die Sozialversicherungen sind unter Berücksichtigung der demographischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten langfristig und nachhaltig zu sichern, um so einer echten Generationengerechtigkeit Rechnung zu tragen. Die jungfreisinnigen schweiz sind erfreut darüber, dass der Schweizerische Arbeitgeberverband die Stossrichtung der jfs teilt und endlich auch Klartext spricht.

Hohe Mehrwertsteuer ist unsozial

Um die momentanen Leistungen der Sozialversicherungen bis ins Jahr 2025 halten zu können, benötigen wir zusätzlich 25 Mrd. Franken oder 9 zusätzliche MWSt.-Prozente. Der MWSt.-Satz im Jahre 2025 würde gemäss dieser Rechnung 16,3% betragen. Damit würde die Schweiz im europäischen Mittelfeld liegen. Die jfs wehren sich dagegen, dass die zukünftigen Mehrbelastungen in Milliarden-

höhe über direkte oder indirekte Steuern finanziert werden. Eine Erhöhung der Steuerbelastung würde sowohl die Rentner wie auch die aktive Bevölkerung und somit den Wirtschaftsstandort Schweiz erheblich treffen. Einfach nur eine Erhöhung der MWSt.-Prozente zu fordern ist Arbeitsverweigerung und zusätzlich äusserst unsozial! Denn dadurch werden vor allem tiefere Einkommen, Junge, Studenten, Lehrlinge und junge Familien besonders hart getroffen. ■

Wir sind längst nicht der einzige Sonderfall

Der Walliser Nationalrat im Gespräch

Nationalrat Jean-René Germanier aus Vétroz VS ist bei der FDP, weil diese das Individuum ins Zentrum stellt und keine Dogmen kennt. Er, der gerne mehr herumreisen würde und gerne mit seinem Sohn über «Harry Potter» spricht, setzt sich für die echte Gleichstellung von Mann und Frau ein. Im Gegenzug wehrt er sich gegen Konservatismus und Populismus. Um sich fit zu halten, hat er aufgehört zu rauchen und wandert gerne in den Bergen.

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich ihre grösste Hoffnung?

Jean-René Germanier: Meine grösste Hoffnung setze ich auf das Potenzial der Jugend, deren offenen Geist, deren Kreativität und deren Neugier, neue Sachen zu entdecken und zu unternehmen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Angst und das Sich-Verschliessen älterer Menschen vor der Umwelt. Diese Entwicklung ist langfristig eine Gefahr, weil sie zu einer konservativen Gesellschaft führt.



Jean-René Germanier

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Entdeckung des Penicillins, welches die

Lebenshoffnung des Menschen total verändert hat, erachte ich als die wichtigste Erfindung der Menschheit. Die entbehrlichste ist ganz klar die Entwicklung der Personemine.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Ich mag die Multikulturalität der Schweiz, die uns immer wieder zwingt, uns den andern anzupassen, um uns gegenseitig zu verstehen. Damit meine ich nicht nur die Vielfalt der Sprachen, sondern auch die Vielfalt der Landschaften, der Religionen und der Kulturen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Das Gefühl der Überheblichkeit, an dem wir Schweizer oft leiden. Ein Sonderfall ist gut, solange er nicht zur Isolation führt. Zumal wir längst nicht der einzige Sonderfall sind, schliesslich gibt es in der Welt tausend Sonderfälle.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die FDP ein Programm hat, welches das Individuum ins Zentrum stellt. Zudem ist die FDP pragmatisch und akzeptiert keine Dogmen wie Nationalismus oder Sozialismus. Die FDP ist die wahre Mitte-Rechts-Partei, welche nicht nur für die Partei, sondern auch für das Gesamtinteresse des Landes arbeitet.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

Michail Gorbatschew, weil er mit seiner Politik dem grössten Teil Europas die Möglichkeit gab, die Freiheit wiederzufinden.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Mit pragmatischen, auf Fakten basierenden Argumenten, ohne Populismus, aber mit Leidenschaft.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ich bin für die absolute Gleichstellung von Mann und Frau. Dies bedeutet aber nicht, dass ich für Feminismus bin. Während Frauen im Beruf nach wie vor nicht der nötige Respekt entgegengebracht wird, werden Männer immer noch nicht als fähige Alleinerzieher von Kindern respektiert.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ich möchte mehr Zeit haben fürs Reisen und Entdecken exotischer Länder in der ganzen Welt.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Meine Schwäche ist, meine Schwächen nicht zu

kennen. Ich staune immer wieder.

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Ich kann gut mit Menschen umgehen und sie gut delegieren. Gerade in meinem Geschäft ist es sehr wichtig, gute Leute um mich zu haben, so dass ich mich nicht sorgen muss. Natürlich freut es einen, wenn die Leute dabei Fortschritte machen.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

«Harry Potter», und zwar um die gleiche Sprache wie mein 14-jähriger Sohn sprechen zu können.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Gerade vor einem Jahr, an meinem allerersten Parlamentstag, dem 1. Dezember 2003, habe ich aufgehört zu rauchen. Zudem wandere ich gerne in den Bergen.

Das Gespräch mit Jean-René Germanier führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz.

Seit Januar 2004 haben wir Ihnen im «Freisinn» einzeln die neuen Gesichter der FDP-Fraktion vorgestellt. Mit dem Interview mit Nationalrat Jean-René Germanier geht die Interview-Serie mit den 14 im Herbst 2003 neu gewählten FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu Ende.

Kurzbiographie

Alter: 46

Beruflicher Werdegang: Gymnasium, anschliessend Studium und Abschluss als Weinbau-Ingenieur FH, jetzt selbständiger Unternehmer (Jean-René Germanier AG)

Politischer Werdegang: Ehemaliger Vizepräsident der Walliser Jungfreisinnigen, während 11 Jahren Gemeinderat in Vétroz, ehemaliger Vizegemeindepäsident, seit Herbst 2003 Nationalrat.

Liebste Tätigkeit: Reisen

Lieblingessen: Orientalische Küche

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen? Mit meinem Sohn Francis (14)

Für eine festliche Politpause!

Hänsel u. Gretel assen auch davon	erfüllt Märchenwünsche BE-Mutze	liegt am eigenen Tessenensee	Carolus Rex, König Karl	Annemarie, unsere Bundeskanzlerin	1	die Spinne kann es guter Trumpf	Hauptstadt für Père Noël	prunkvoller Baustil des 17. Jahrhdts..	in dieser Zeit z.B. ein Glühwein	30 Grad des kleinen Uhrzeigers			
	2						krächzender Singvogel			3			
		Kompon.v. Stille Nacht bringt die Grippe	14				kleine Wanderpause						
ein Tässchen Tee für die Queen	die Mutter aller Mütter		Vorname des Musikers Bartok				steht neben off anno currente		stand auch a.d. Weihnachtskrippe				
würziges Gebäck zu Weihnachten						eifriges Adventswerken in Küchen				5			
gewürztes Festgebäck mit Bildchen	meist lange Leitung verheisser Erlöser		4	Tumgerät für Riesenfelgen			7	Schweizer Demokrat Kerzenständer					
eilt als Vogel in Australien		daraus werden Guetsli gestochen	<p align="center">  DIE KRONE Ein königliches Vergnügen seit 1466 032 626 44 44 www.diekrone.ch </p>				ist mir völlig gleichgültig	Londoner Biene Edelstein					
meist auch eine frohe Feier		9										6	wo die Krippe zur Wiege wurde
Steineggers Init. grosser Kochkubel	10									dingeln besonders vor Weihnachten		Sport auf schmalsten Kufen	
		Generalabonnement						ziemlich böß bis schlimm	Stadt als Schulstudie gross für Lateiner	Halbedelstein kleine Präposition		frühenglisches Fürwort	
Gründerkanton Katzenvater		 solemnis, feierliches Hochamt					Kt. ennet d. Rhein Sämis Soldaten		8			
vereinigte amerikanische Staaten	portugiesischer Seefahrer	bricht wie Glück schäumt italienisch				11	Herberge für Maria wo Blumen oft enden						
sie feiern auch Ostern u. Pfingsten	gerade hier kurze Richtlinien		Faserpflanze kleiner Timotheus					13	so beginnt das Raetsel				
						15	französisches Jahr Register- tonne		Meinung der Kuh Zeichen f. Heilbronn				
	16		bärenstarker Vorname					lässt den Zopf feig aufgehen					
F. Pellis eiskalte Desserts	in diesen Guetslis steckt ein Gewürz		12										

Ein (Fasnachts-) Wochenende in Solothurn gefällig? Gewinnen Sie eine Übernachtung für 2 Personen in der Ambassadorsstadt. Rätsel lösen und gewinnen!

1. Preis

1 Übernachtung für 2 Personen im **** Hotel Krone in Solothurn inkl. Frühstücksbuffet

2. Preis

1 FDP-Foulard

3. Preis

1 FDP-Krawatte

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 3. Januar 2005 eine Postkarte oder ein E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
z. H. Stefan Nobs
Postfach 6136
3001 Bern
nobs@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Redaktion bedankt sich beim **** Hotel Krone in Solothurn für die freundliche Preis-spende.

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----

Termine

Einladung zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Solothurn

Freitag, 14. Januar 2005

- 10.00–12.00 Uhr Sekretärenkonferenz (Hotel Krone)
- 12.00–16.15 Uhr Geschäftsleitungssitzung (Hotel Krone)
- 16.30–18.30 Uhr Präsidentenkonferenz (Hotel Krone)
- 19.00–20.00 Uhr evtl. Point de presse (kleiner Konzertsaal)
- 20.15 Abendessen (Hotel Krone)

Samstag, 15. Januar 2005

- 8.45–9.45 Uhr Treffen der freisinnigen Regierungsräte mit den Präsidien von Partei und Fraktion (kleiner Konzertsaal)

Delegiertenversammlung Solothurn Untere Steingrubenstrasse 1 Konzertsaal

- Ab 9.00 Uhr Kaffee und Gipfeli
- 10.00 Uhr Beginn der Delegiertenversammlung
- Bilaterale I (Freizügigkeitsabkommen)
- Podium
 - Diskussion
 - Parolenfassung
- 12.00 Uhr Lunch
- 12.30 Uhr Bilaterale II
Podium Schengen/Dublin
- Diskussion
 - Parolenfassung
- Ca. 14.30 Uhr Ende der Delegiertenversammlung

Nicht vergessen!

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet 2005 in Mendrisio TI statt und dauert zwei Tage.

Reservieren Sie sich das Wochenende vom 15./16. April 2005 also frühzeitig.

Viel Spass in Saas Fee



Heilung dank STAMMZELLENFORSCHUNG, so lautete das Lösungswort des Preisrätsels der November-Ausgabe, welches sich aufgrund der zwei schönen Hauptpreise sehr rege Beteiligung erfreute. Leila Serrat, derzeit Praktikantin im FDP-Generalsekretariat, zog aus den 367 richtigen Einsendungen folgende glückliche Gewinner:

1. + 2. Preis

je ein Gutschein im Wert von Fr. 250.–, einlösbar im Hotel Garni *** ARTEMIS in Saas Fee

Walter Lütte, Bärenstutz 5, 3507 Biglen BE

Emil Looser, Birnstielstr. 14, 9630 Wattwil SG

3. Preis

1 FDP-Holzschirm

Robert Suter, Bachrüti 1, 9326 Horn TG

Who's who

Alexandra Thalhammer



Wohnort: Bern

Beruf: Studentin (Geschichte und Englisch); Sekretärin

Bürgerort: Ringgenberg BE

Zivilstand: Ledig

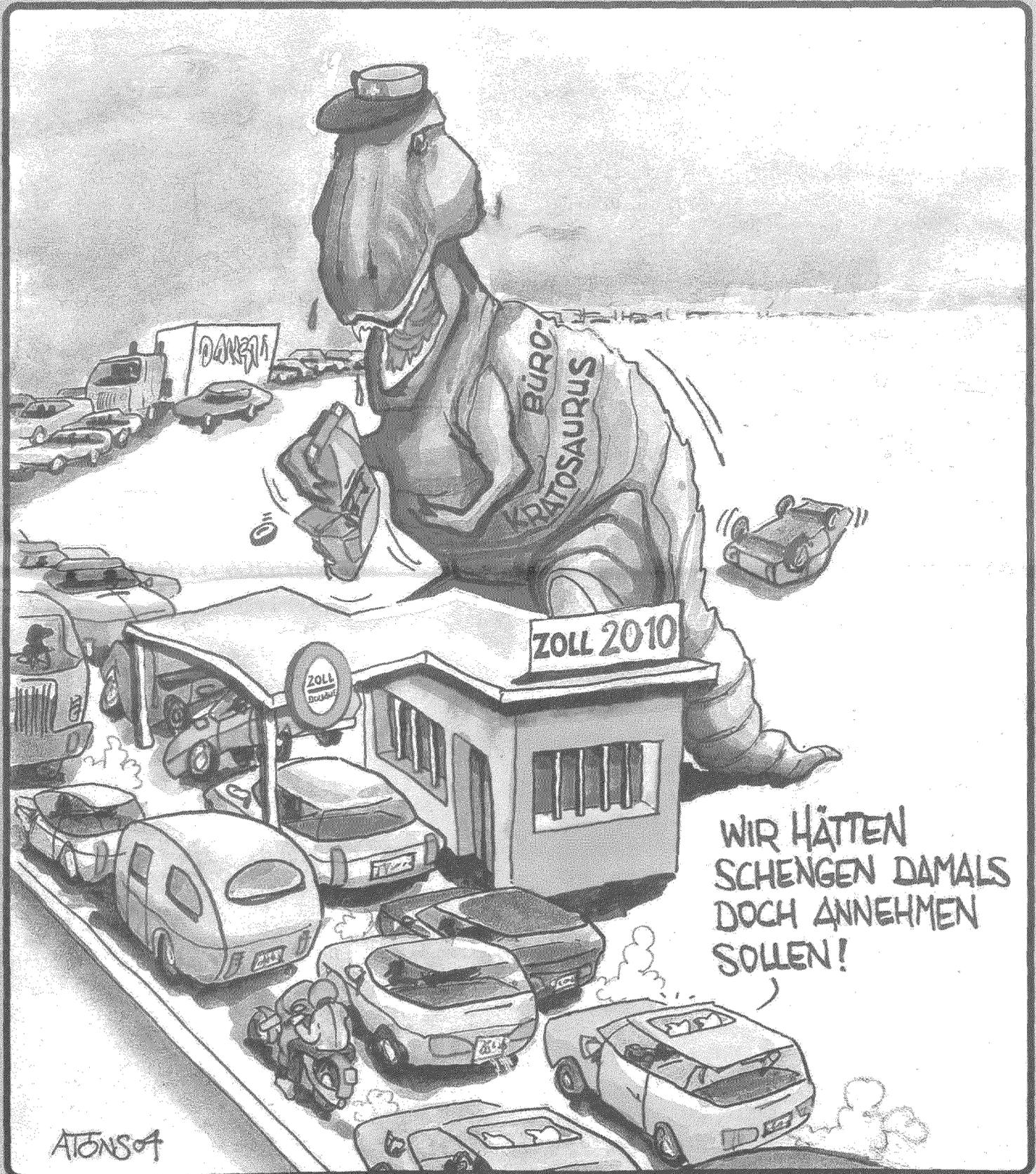
Hobbys: Argentinischer Tango, Politik

Ausbildung/Tätigkeit:

Geschichts- und Englischstudium im 9. Semester, Teilzeitarbeit als Sekretärin

Tätigkeit in Politik und Gesellschaft:

Seit 1. September 2004 Sekretärin im Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern. Mitglied Jungfreisinnige Stadt und Uni Bern, Kandidatin für den Studentenrat Uni Bern.



Karikatur Andreas Töns

Sicherheit



Heinz Buttauer
Präsident Verband
Schweiz. Polizeibeamter

«Das Bilaterale Polizei- und Asylabkommen Schengen/Dublin hilft uns im Kampf gegen Kriminelle und Schlepperbanden.»

Für mehr Bürgersicherheit:

Schengen / Dublin stärkt die Polizei.

- Das Bilaterale Polizei- und Asylabkommen «Schengen/Dublin» stärkt unsere Polizei.
Sie kann am europaweiten Fahndungssystem SIS aktiv mitwirken.
- Unser Grenzschutz wird zunehmend mobiler. Durch verstärkte internationale Zusammenarbeit kann er gezielter eingreifen.
Die Zollkontrollen an der Grenze bleiben wie heute.
- Das Schweizer Asylwesen wird von Asyl-Zweitgesuchten aus den EU-Ländern entlastet.
Schlepperbanden werden europaweit erfasst.

